

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 86 (2006)
Heft: 3-4

Rubrik: Dossier : Inspiring Europe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- (1) Europa global
- (2) Welche Selbstwahrnehmung für Europa?
- (3) Die EU - Vorbild einer friedlichen Kooperation
- (4) Beziehung zu Asien
- (5) Mehr Selbstvertrauen in Europa
- (6) Attraktivität nicht ohne Anstrengungen
- (7) Societas Europaea
- (8) Zur Zukunft des Euros

Inspiring Europe

Europa inspirieren oder Inspirierendes Europa? Die St. Galler Stiftung für Internationale Studien (isc) hat mit Vorbedacht für ihr nächstes Symposium an der Universität St. Gallen einen doppelsinnigen Titel gewählt. Europa kann in der heutigen Welt keinen Führungsanspruch mehr stellen, aber europäische Werte haben keineswegs abgedankt. Vom 18. bis 20. Mai 2006 werden sich 600 Teilnehmer, die weltweit Führungsaufgaben wahrnehmen, lehren, forschen und publizieren, an der Universität St. Gallen einfinden, um mit 200 Studenten aus aller Welt einen Gedankenaustausch zu pflegen über das, was Europa in der heutigen Welt zu lernen hat, aber auch über das, was in diesem Kontinent an wertvollen Lehren vorhanden ist und noch entwickelt werden sollte.

Als der britische Kulturhistoriker Ernest Jones vor 25 Jahren «The European Miracle» als Buchtitel wählte, setzte er sich unter Fachkollegen dem Vorwurf aus, immer noch einem eurozentrischen Welt- und Geschichtsbild verhaftet zu sein. Seitdem mehren sich die Stimmen, die den Europäern jene intellektuelle Demut ans Herz legen, die dem Bedeutungsverlust im ökonomischen und vor allem im weltstrategischen Bereich Rechnung trägt: Europa sei eine kleine zerklüftete Halbinsel, ein westlicher Ausläufer des aufstrebenden asiatischen Kontinents, ein heterogenes Gebilde, dessen Vielfalt sich meist nicht in einem friedlichen Wettbewerb gemessen habe, sondern in blutigen nationalistischen Bürgerkriegen, die im

20. Jahrhundert zu Weltkriegen eskalierten. Andererseits wäre es auch verfehlt, Europa als ganzes und insbesondere seine politisch-ökonomische Organisation, die EU, als historisch interessantes, aber letztlich misslungenes Experiment abzuhandeln. Wer sich weltweit nach erfolgreichen und nachhaltig praktizierbaren Modellen der friedlichen und prosperierenden Zivilgesellschaft umsieht, stösst auf viele Ansätze, die man mit guten Gründen als «vom europäischen Geist inspiriert» bezeichnen kann.

Europa hat über die Jahrhunderte mit Formen des Zusammenlebens experimentiert. Dabei gab es Täter und Opfer, Sieger und Besiegte. Letzteres ist aber kein typisch europäisches Phänomen, für das man sich als Europäer besonders schuldig fühlen müsste. Jeder Kontinent und jede Kultur hat ein eigenes welthistorisches Konto an Brutalität und Barbarei. Dass in Europa kleinräumig, zum Teil auch kurzfristig und in grosser Vielfalt politische, wirtschaftliche und kulturelle Lebensformen praktiziert wurden, hat eine Fülle von Erfahrungen entstehen lassen, die von der übrigen Welt nicht ohne Nachteile ignoriert werden können. Die vielfältigen Beiträge dieses Dossiers geben einen Einblick in diesen Fundus.

Robert Nef

Wer die Rolle Europas in der heutigen Welt diskutiert, muss sich fragen, wie Europa es mit der Globalisierung hält – oder besser: in welchem Verhältnis die Europa- und Globalisierungsdiskurse stehen und was wir lernen können, wenn wir beide vergleichen.

(1) Europa global

Olaf Bach

Dieser Beitrag wurde ebenso wie die weiteren Beiträge des Dossiers in gekürzter Form abgedruckt. Die lange Version kann jeweils über info@schweizer-monatshefte.ch bezogen werden.

«Unter jenen, die über Europas Zukunftsvision schreiben und sich darüber auslassen, wie der alte Kontinent klammheimlich den amerikanischen Traum verblassen lässt, scheint niemand etwas von Demographie zu verstehen», schrieb kürzlich der amerikanische Historiker Walter Laqueur in seiner essayistischen Einschätzung Europas im 21. Jahrhundert.* Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung schildert er Europa eher als Problem, denn als Wertegemeinschaft. Die präsentierten Zahlen sind eindrücklich. Nach den offiziellen Daten der UNO lebten um 1900 21 Prozent der Weltbevölkerung in Europa, 2050 seien es noch 7 Prozent, weitere 50 Jahre später schliesslich 4 Prozent. Die nationalen Einzelszenarien (wie etwa erwartete 32 Millionen Deutsche oder 15 Millionen Italiener am Ende dieses Jahrhunderts) sind noch plastischer – von den Folgeproblemen der Überalterung und der möglichen massiven Immigration ganz zu schweigen. *«Ist es denkbar»,* fragt Laqueur, *«dass ein Erdteil mit geringen, schrumpfenden und obendrein überalterten menschlichen Ressourcen das 21. Jahrhundert dominieren werde?»* Europas Rolle in der Welt als eine der Dominanz? Eigentlich hatte sich die Welt doch gerade von der wirtschaftlichen und politischen Dominanz Europas entwöhnt und war dabei, auch die kulturellen Überbleibsel abzuschütteln.

So oder so – wenn wir nach Europas Rolle in der Welt fragen und gleichzeitig Europa als Idee nehmen und nicht allein als Gefüge von staatsrechtlichen Formationen, dann stellt sich die Frage des Verhältnisses, in dem es dabei zu einer anderen prominenten Idee der letzten Jahre stehe, nämlich jener der Globalisierung. Dabei geht

es nicht um Europas Anteil am Welthandel, seine Militärmacht oder seine demographische Fitness, um die Laqueur sich sorgt und deren Ausblendung er den amerikanischen Europaliebhabern vorwirft. Auch reduziert sich diese Frage nicht auf Europas Verhältnis zu Amerika. Es geht vielmehr darum, in welchem Verhältnis die Europa- und Globalisierungsdiskurse zueinander stehen und was wir lernen können, wenn wir sie näher betrachten.

Zunächst einmal können wir nach der geografischen Griffigkeit der beiden Termini fragen. In Sachen Globalisierung ist dies eindeutig. Sie betrifft im Prinzip die Welt, Punktum. Anders steht es mit «Europa». Notorisch unterdefiniert, ist die Frage der geographischen Grenzen ein Topos fast eines jeden Europa-Essays, obwohl «Europa» überhaupt zuerst als geographische Bezeichnung für einen Teil Griechenlands in die Welt kam. In der Gegenwart ist die geografische Definition aber keine einfache Sache. Während die Globalisierung also geographisch *per se* determiniert ist, bleibt «Europa» eine definitorische Aufgabe, deren Lösung sich nicht von selbst versteht.

Die Unschärfe des Europa-Begriffs geht über die geografische Dimension hinaus. In der politischen Rede etwa meint «Europa» immer sehr viel mehr als nur einen Erdteil. Er steht für eine politische Manifestation, deren Gestalt unklar ist, und nicht zuletzt dies macht ihn für den politischen Diskurs so geeignet. Helmut Kohl zum Beispiel wusste unübertrefflich auf der Klaviatur der Europabegrifflichkeit zu spielen. Auch Tony Blair versteht dieses Geschäft – vor allem vor einem kontinentalen Publikum. Über Europa reden zu dürfen, so scheint es, ist ein Geschenk, und je höher die Abstraktionsebene und je feierlicher der Rahmen, um so besser.

Wie anders der Globalisierungsbegriff. Auch ihm wird allenthalben vorgeworfen, er sei undefinierbar und letztlich eine Worthülse. Aber er eignet sich nicht für die bejahende, offensive politische Rede. Kaum jemand spricht in der politischen Arena von der Vision der Globalisierung. Allenfalls fordert man dazu auf, die Chancen der Globalisierung zu nutzen – aber auch dies empfiehlt sich nur unter Vorbehalt. Denn Chancen können erstens ziemlich klein sein und damit zweitens durchaus auch verpasst werden. Dazu passt, dass die Rede von den Herausforderungen der Globalisierung und die sich daran anschliessende Gewinner-Verlierer-Unterscheidung insgesamt gebräuchlicher zu sein scheinen (wobei die Ver-

* Walter Laqueur, «Europa im 21. Jahrhundert». Merkur, Juli 2005, S. 653–666.

lierer zumeist einen grösseren Teil des Wahlvolks ausmachen als die chancenreichen Gewinner).

Doch Europa und Globalisierung gibt es nicht nur auf einer abstrakten, übergreifenden Ebene. Den Begriffen stehen konkrete Erfahrungen und Beobachtungen gegenüber. Institutionell zum Beispiel hat Europa den eindeutigeren Ort. «Europa» steht hier für die Europäische Union und ihre Institutionen. Überhaupt lässt sich Europa im Vergleich zur Globalisierung einfacher als politische Aufgabe begreifen. Diese kann zum Beispiel darin bestehen, aktuelle Probleme der Union zu lösen. Darüber hinaus kann Europa als übergreifende politische Mission verstanden werden – dies spielt wiederum der Eignung des Begriffs für die politische Rede in die Hände.

Welche Mission Europa verwirklichen soll, hängt dann natürlich auch davon ab, welche Geschichte von Europa erzählt wird. Die Geschichte Europas kann etwa heissen: die Geschichte der antiken Philosophie und der christlichen und jüdischen Kultur. Oder daran anschliessend die Geschichte der Renaissance, des Humanismus und der Aufklärung. Aber auch die Geschichte der zerstörerischen politischen Utopien. Europa weiterhin als Ursprung der barbarischsten Kriege, die jemals geführt wurden und nach deren Ende es in der bipolaren Welt als wichtigste Frontlinie bereitstand. Mit dieser Phase europäischer Marginalisierung zwischen den Fronten verwoben war die «Idee Europa» nach dem Zweiten Weltkrieg und ihr Ziel des dauerhaften Friedens zwischen den europäischen Völkern, spezifischer die Einbindung des alten Problemfalls Deutschland in das westliche Staatensystem.

Wenige würden die Befriedung Europas heute noch als vorrangige politische Aufgabe verstehen. Und das an diese Befriedung anschliessende und, wie manche meinen, dafür auch konstitutive Ziel der wirtschaftlichen Integration trägt ebenfalls wenig zur politischen Faszination bei. Vielmehr erleben wir nicht zuletzt im Bereich der Wirtschaftspolitik immer wieder, wie dünn der europäische Mantel ist, der über den nationalen Interessen liegt. Vor kurzem wurde die europäische Dienstleistungsrichtlinie noch einmal gerupft, mit dem für viele Franzosen anscheinend beruhigenden Ergebnis, dass dem polnischen Klempner das französische Badezimmer etwas weniger weit offensteht.

Dass nur wenig von «Europäisierung» gesprochen wird, mag seinen Grund in den negativen Konnotationen des Prozessbegriffs «Globalisierung» haben. Eine der Frontlinien, an denen

in der internen politischen Auseinandersetzung heute um die Festlegung des Europagedankens gekämpft wird, verläuft zwischen denen, die in Europa nicht nur eine Wirtschafts- sondern auch eine Wertegemeinschaft sehen wollen, und jenen, denen das Gegenteil vorgeworfen wird. Die einen sehen die Dynamik der europäischen Entwicklung in einer Konvergenz zwischen Europäisierung und Globalisierung, die anderen betrachten Europa gerade als Gegenentwurf zu einer schrankenlosen Welt. Warum etwa sollte es sonst sinnvoll sein, überhaupt von einem spezifischen, politisch, ideell und kulturell durchwirkten Gebilde Europa zu sprechen, wenn das Endziel eine (so wird befürchtet) entgrenzte Welt ist, in der die «*soziopathologischen Folgen der kapitalistischen Modernisierung*» (Jürgen Habermas) politisch nicht mehr gestaltet werden können? Denn dies ist eines der Leitmotive der Globalisierungsrede: die Globalisierung sei eine Schicksalsmacht, weder von Ochs noch Esel aufzuhalten, und genausogut wie gegen die Globalisierung könne man gegen die Schwerkraft sein. Relativ problemlos wird denn auch von einer «*Logik der Globalisie-*

Nicht zuletzt im Bereich der Wirtschaftspolitik erleben wir immer wieder, wie dünn der europäische Mantel ist, der über den nationalen Interessen liegt.

rung» (Carl Christian von Weizsäcker) gesprochen – eine «*Logik Europas*» dagegen ist kaum in Sicht. Vielmehr erscheint Europa in seiner Geschichte, seinen Institutionen, seinen Grenzen und seinem Ziel immer wieder als fragmentarisches, stets nur halbfertiges Gebilde, die Globalisierung dagegen als ein ruhig und unerbittlich sich entwickelnder Prozess.

Dabei haben die Projekte «Europa» und «Globalisierung» ein ähnliches Problem. Beiden gehen jene Formen der politischen Repräsentation und Legitimation ab, die für unsere Gemeinwesen noch immer die Regel darstellen. Die WTO – jene Institution also, die neben dem Treffen der G8-Staaten noch am ehesten institutionell und in übergreifender Weise mit der Globalisierung verbunden wird – gibt ein kulturell amorphes, historisch und politisch indifferentes Bild ab. Sie taugt nicht zur Identifikation. Nur in den Augen weniger vertritt sie als Organisation übergreifende Interessen. Und sie kann sich, wie gesagt, dabei nicht der gängigen Formen der politischen Repräsentation bedienen. Ein ähnliches Problem haben die Institutionen der EU. Im Zuge des

Scheiterns des Verfassungsentwurfs wurden die üblichen Vorwürfe gegen das Europa der EU hervorgeholt und aufpoliert. Wahrscheinlich ist der gesellschaftliche Referenzrahmen der Alltags erfahrungen trotz Europa-Parlament, Euro-News und Erasmus-Programm für die meisten Bürger noch national definiert. Immerhin besteht die Möglichkeit, europäische «Identitätspotentiale» aufzubauen und zu pflegen. Vielleicht spielt die Globalisierung europäischer Identität sogar in die Hände. Je mehr ich mich global umtreibe, desto stärker werde ich mir meines europäisch geprägten Bezugsrahmens bewusst. Ich bezeichne und empfinde mich in China als Europäer – wohingegen die Bedeutung meines Europäertums im niederländischen Friesland oder in Norditalien relativ gering ist.

Immerhin: Europa hat jenseits des (wie weit noch verbreiteten und wie tief noch sitzenden?) Erbes der abendländischen Kultur unmittelbare politische Relevanz. Die Globalisierung tritt in die Erfahrungswelt der Europäer vor allem in Gestalt ausländischer Konkurrenz bzw. der Reflexion dieser Konkurrenz im politischen und wirtschaftlichen Diskurs sowie in den Medien. Globalisierung in unseren Breiten ist ein Angstwort – ungestaltbar, unverständlich, von amerikanischem Geist, mit asiatischem Antlitz. Während Europa als Globalisierungsbremse angerufen werden kann, ist heute die europäische Wirklichkeit selbst von Elementen geprägt, die sich problemlos in den Globalisierungsdiskurs einreihen lassen.

Auch wenn Europas Rolle für die Formung zukünftiger Lebensformen und Kulturercheinungen in Frage steht – die Moderne, wie wir sie heute wahrnehmen, ist ein Kind Europas. Es ist eine Tatsache, dass wesentliche Elemente der politischen und wirtschaftlichen Dynamik der Globalisierung in Europa ihren Ursprung hatten. Aus all dem könnte man nun schliessen, dass Europa von dieser selbstinduzierten Moderne, die heute als Globalisierung daherkommt, überholt werde – und zur Selbstbehauptung dringend der Inspiration bedürfe. Umgekehrt macht die Tatsache, dass es Europa gelungen ist, vor dem Hintergrund eines schweren historischen Erbes supranationale Institutionen zu etablieren, die multivariate Problem- und Interessenlagen mit wachsendem Erfolg in zivilisierte, friedliche und bei allen Mängeln doch demokratisch legitimierte Entscheidungsprozesse übersetzen, dieses zu einem Vorbild in der Welt und seinerseits zu einer Quelle der Inspiration.

OLAF BACH,
geboren 1977, studierte Geschichte und
Ökonomie. Er war Mitglied des ISC von
2000 bis 2002 und absolviert seit Frühjahr
2006 als Doktorand der Universität
St. Gallen einen Forschungsaufenthalt
an der University of Chicago.

Das geteilte und wachsende europäische Verständnis für diese Erfolge sollten wir pflegen und in den Globalisierungsdiskurs einbringen. Denn die mit dem Begriff «Globalisierung» bezeichneten Phänomene und Prozesse sind ihrerseits keineswegs geschichtsphilosophisch abgesichert, sondern ebenfalls contingent. Dass wir dafür vulgärlibertäre Vorstellungen ebenso wie nationalistisch und sozialistisch inspirierte Überzeichnungen des Globalisierungspheomens und der sich ergebenden politischen Gestaltungsaufgaben begraben sollten, daran erinnert uns Kurt Tucholskys Gedicht «Europa» aus dem Jahre 1932. Es stammt mithin aus jener Zeit, die der Historiker Harold James unter dem Titel «The End of Globalization» beschreibt.

«Am Rhein, da wächst ein süffiger Wein –
der darf aber nicht nach England hinein –
Buy British!
In Wien gibt es herrliche Torten und Kuchen,
die haben in Schweden nichts zu suchen –
Köp svenska varor!
In Italien verfaulen die Apfelsinen –
Lasst die deutsche Landwirtschaft verdienen!
Deutsche, kauft deutsche Zitronen!
Und auf jedem Quadratkilometer Raum
träumt einer seinen völkischen Traum.
Und leise flüstert der Wind durch die Bäume...
Räume sind Schäume.

Da liegt Europa. Wie sieht es aus?
Wie ein bunt angestrichnes Irrenhaus.
Die Nationen schufteten auf Rekord:
Export! Export!
Die andern! Die anderen sollen kaufen!
Die andern sollen die Weine saufen!
Die andern sollen die Schiffe heuern!
Die andern sollen die Kohlen verfeuern!
Wir?
Zollhaus, Grenzfahl und Einfuhrschein:
Wir lassen nicht das geringste herein.
Wir nicht. Wir haben ein Ideal:
Wir hungern. Aber streng national.

Fahnen und Hymnen an allen Ecken.
Europa? Europa soll doch verrecken!
Und wenn alles der Pleite entgegentreibt:
Dass nur die Nation erhalten bleibt!
Menschen braucht es nicht mehr zu geben.
England! Polen! Italien muss leben!
Der Staat frisst uns auf. Ein Gespenst. Ein Begriff.
Der Staat, das ist ein Ding mitm Piff.
Das Ding ragt auf bis zu den Sternen –
Von dem kann noch die Kirche was lernen.
Jeder soll kaufen. Niemand kann kaufen.
Es rauchen die völkischen Scheiterhaufen.
Es lodern die völkischen Opferfeuer:
Der Sinn des Lebens ist die Steuer!
Der Himmel sei unser Konkursverwalter!
Die Neuzeit tanzt als Mittelalter.

Die Nation ist das achte Sakrament –!
Gott segne diesen Kontinent.»

Der Versuch, innereuropäische Grenzen zu überwinden, wird immer dann problematisch, wo er sich mit der Neigung verbindet, Aussengrenzen umso stärker zu betonen. «Europäischer Nationalismus» nahm seinen Ursprung in rassisches und kulturell begründeter Abgrenzung zu den Kolonien; heute scheinen ausgrenzende Haltungen in neuen Formen aufzuleben.

(2) Welche Selbstwahrnehmung für Europa?

Ute Frevert

Drei Jahre sind es her, seit die polemisch zugesetzte Unterscheidung in «alte» und «neue» Europäer im Gefolge einer proamerikanischen Solidaritätserklärung europäischer Regierungen ihre Blütezeit erlebte. Zwar passte die Formel nicht wirklich: der Brief der Acht war auch von Regierungschefs «alter» EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet worden. Aber sie war griffig, sie hatte dramatisches Potential. Im vergangenen Jahr traten neue Komplikationen auf. Niederländer und Franzosen, Europäer der ersten Stunde, stimmten gegen den europäischen Verfassungsentwurf. Aus «alten» und in der Binnenperspektive «guten» Europäern waren über Nacht schlechte geworden, die es in der Sichtweise ihrer Kritiker nicht mehr ernst meinten mit der europäischen Integration. Seither wird einmal mehr darüber gestritten, was gut und schlecht sei für Europa.

Dieser Streit hat Geschichte. Was «gute Europäer» auszeichnet und wofür sie stehen, ist historisch überaus wandlungsfähig, entwickelt sich aber stets in Abgrenzung von einem Nicht-Guten, Nicht-Europäischen, das sich innerhalb wie ausserhalb des geographischen Raums «Europa» finden mag. In dieser steten Abgrenzung bildeten und bilden sich europäische Identifikationen aus.

Natürlich gibt es unverfängliche Antworten. Seit 1950 wird etwa der Aachener Karlspreis an Persönlichkeiten verliehen, die sich um Europa,

speziell um die europäische Einigung und Einheit, verdient gemacht haben. Benannt ist der Preis nach Karl dem Grossen, der als *Rex Europæ* gilt. Allein, sind denn nur jene «gute Europäer», die sich für die politische Einigung des Kontinents und seine wirtschaftliche Verflechtung engagieren? Reicht der Einheitswunsch an sich schon aus, um «gute Europäer» zu kreieren?

Das Streben nach Einheit ist allemal älter als ein halbes Jahrhundert, und manche Politiker gingen dabei weiter als die Architekten der EU. «Adolphus» Hitler sah sich als Erbe Karls des Grossen und vereinigte das im Jahre 843 geteilte Reich, indem er Frankreich, Belgien und die Niederlande überfiel. Er versprach, Europa vor der Gefahr des Kommunismus zu retten, sein Propagandaminister beschwore den «Kreuzzug» der europäischen Völker gegen die Sowjetunion. Das Auswärtige Amt arbeitete gleichzeitig Pläne für eine europäische Nachkriegsföderation aus, selbstverständlich unter deutscher Hegemonie. Waren das «gute Europäer»? Und wie steht es mit jenem anderen Strategen, der Europa nach eigenen Vorstellungen einen wollte? Napoleon kam in seinem Streben nach imperialer Herrschaft bis Moskau und schrieb vier Jahre später in St. Helena, wie sehr er sich, leider vergeblich, bemüht hätte, die «Familie europäischer Völker» zu «einem Volk» in einem «gemeinschaftlichen Vaterland» zusammenzuführen. Ein «guter Europäer»?

Der Begriff selber stammt übrigens aus einer Zeit, da Napoleon längst Legende geworden war. Friedrich Nietzsche hat ihn geprägt und auf sich selber angewandt. «Ich bin vielleicht kein guter Deutscher», schrieb er seiner Mutter 1886, «aber ich bin ein guter Europäer.» Nietzsche setzte sich damit von dem ab, was er als «Krankheit des Jahrhunderts» geisselte: dem Nationalismus und seinem eingebauten Rassismus. Ein «guter Europäer» dagegen lebe nicht nur «übernational» und überwinde alle «patriotischen Beklemmungen»; er distanziere sich darüber hinaus von dem, was die europäische Kultur vornehmlich kennzeichne: christliche Religion und rationale Wissenschaft, Geschichtsbesessenheit und Machtgier.

Nietzsches Begriffsprägung sollte eine bemerkenswerte Karriere machen, auch wenn sich nicht alle, die den Begriff im Munde führten, an die vorgegebene Definition hielten. Nach dem Ersten Weltkrieg erlebten über nationale Einigungsideen einen neuen Aufschwung; in vielen Ländern Europas entstanden Vereine und Zeitschriften, die irgendeine Art europäischer Föderation anpeilten. Nach dem Zweiten Weltkrieg

griffen auch Politiker solche Konzepte auf. «*Ein Bundeskanzler*», erklärte Konrad Adenauer 1949, «muss zugleich guter Deutscher und guter Europäer sein.» Adenauer hatte Nietzsche leicht abgewandelt: er hielt nationale Identifikationen weiterhin für legitim, aber nur dann, wenn sie mit einem europäischen Bewusstsein einhergingen.

In welcher Form und Intensität sich nationale und europäische Identitäten legierten, war und blieb uneinheitlich. Für die Bundesrepublik Deutschland, die aus dem nationalistischen Schatten der Vergangenheit heraustreten wollte, war das Bekenntnis zu «Europa» wichtiger als für Grossbritannien, das sich traditionell als Kolonial-, Commonwealth- und Weltmacht verstand. Franzosen wiederum betonten zuerst ihre nationale Zugehörigkeit; sie applaudierten de Gaulles Formel einer Europe des patries – nicht mehr Napoleons Idee von Europa als gemeinsamem Vaterland aller europäischen Völker.

Die Rede vom guten Europäer konnte und kann also sehr Verschiedenes meinen, je nachdem wer über wen zu wem und gegen wen spricht. Auch über das, was man sich unter Europa überhaupt vorzustellen hat, herrscht bekanntlich keine Ei-

Die Rede vom guten Europäer kann sehr Verschiedenes meinen, je nachdem wer über wen und gegen wen spricht.

nigkeit. Für Adenauer endete Europa 1946 an der Elbe; zwei Jahrzehnte zuvor hatte der französische Rechtsintellektuelle Henri Massis die Grenze zu Asien bereits am Rhein gezogen. Solche Grenzmarkierungen tragen, selbst wenn sie kulturelle Argumente bemühen, stets politischen Charakter. Bei Massis hallte die Propaganda des Ersten Weltkriegs nach, die kulturell-ethnische Unterschiede in politische Ausgrenzung verwandelt hatte. In abgemilderter Form fand diese Ausgrenzung im ganzen 20. Jahrhundert statt und ist auch heute am Werk, wenn es darum geht, die Konturen der europäischen Landkarte zu zeichnen.

Problematisch, ja gefährlich wird solche Ausgrenzung immer dann, wenn sie machtbewehrt auftritt und sich mit sozialen Bewegungen oder Institutionen verbindet, die den Ausschluss politisch exekutieren. Solange das nicht der Fall ist, trägt sie eher zu dem bei, was seit je ein Kennzeichen und Spezifikum europäischer Kultur gewesen ist: Dissens und Zweifel. Als Massis' «Défense de l'Occident» 1930 übersetzt erschien, löste die Schrift heftige Reaktionen deutscher Intellektueller aus, die sich wie Klaus Mann daran störten,

dass der französische Autor Deutschland aus dem Abendland ausgrenzen und Asien zuschlagen wollte. Im gleichen Atemzug aber kritisierte Mann ein Phänomen, das er als «europäischen Nationalismus» beschrieb: die Neigung, inner-europäische Grenzen aufzuheben, nur um die Grenzen nach aussen um so stärker zu markieren. Diese Tendenz war vielen Europavereinen der Zwischenkriegszeit eigen, die sich damit, meist unbewusst und absichtslos, in die Tradition des europäischen Kolonialismus stellten.

«Gute Europäer» glaubten ja auch sie zu sein, jene Kolonisatoren, die sich im 19. Jahrhundert in den Dienst einer europäischen Zivilisationsmission stellten. Davon überzeugt, dass ihre Zivilisation allen anderen überlegen sei, wollten sie dazu beitragen, Menschen in weniger fortgeschrittenen Kontinenten mit deren Errungenschaften vertraut zu machen. Anders als die «schlechten Europäer» des Sklavenhandels und der *Conquista* waren sie nicht primär auf Unterwerfung und Ausbeutung, sondern auf die Entwicklung der Nichteuropäer bedacht. Diese Botschaft wurde auf den Kolonial- und Weltausstellungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts mit Verve in Szene gesetzt und popularisiert. In London, Paris, Amsterdam oder Berlin konnten sich Europäer selber ein Bild der Verhältnisse machen, die man in den Kolonien angetroffen hatte. Selbst wenn man von der ganzen Exotik und Farbenpracht absah, schien der zivilisatorische Vorsprung Europas unverkennbar; nicht zuletzt die zahlreichen populären Darstellungen indigener Gewalt dienten dazu, die europäische Mission zu begründen.

Vor diesem Hintergrund konnten innereuropäische Rivalitäten verblassen. 1900, zur Zeit der vielbeschworenen deutsch-französischen Erbfeindschaft, schrieb der Liberale Friedrich Naumann von der Pariser Weltausstellung, er vermöge zwischen Deutschen und Franzosen «keine sehr tiefen Unterschiede» zu entdecken: «Wir sind trotz verschiedener Sprache und Geschichte im Grunde Glieder desselben Menschenschlages. Man braucht nur die Orientalen der Ausstellung zu betrachten, um zu wissen, was Rassenunterschied ist und was nur Differenz innerhalb der Rasse.»

Das Kriterium der «Rasse» – hier gleichbedeutend mit Zivilisation – zog eine Trennlinie zwischen Europäern und Nichteuropäern, liess Europäer über nationale Unterschiede hinweg zusammenrücken und begründete das, was Klaus Mann 1930 «europäischen Nationalismus» nannte. Dieser Euro-Nationalismus oder «Europismus» bildete sich zuerst und nachhaltig ausserhalb Eu-

ropas aus, in der Begegnung mit Nordamerika, vor allem aber in den Kolonien. Zwar entdeckten viele Deutsche, Franzosen oder Belgier, die im 19. und 20. Jahrhundert die Vereinigten Staaten besuchten, auch dort ihre Zugehörigkeit zu Europa. Das Differenz- und Überlegenheitsbewusstsein, das sie den USA gegenüber empfanden, war jedoch nichts im Vergleich zu demjenigen, das in ihnen in Afrika oder Asien aufkam.

Auch wenn europäische Kolonisatoren ihre nationale Identität stets betonten, mussten sie zur Kenntnis nehmen, dass man sie von aussen zuerst als Europäer wahrnahm. Der in Marokko geborene Schriftsteller Marcel Bénabou berichtete noch aus den 1950er Jahren, dass die im Land lebenden Franzosen, Spanier oder Griechen alleamt als Europäer angesehen wurden. Sie waren «*non-indigènes*», weiss und mächtig; all das wies sie als Europäer aus, unabhängig von ihrer jeweiligen Nationalität. Diese Fremdwahrnehmung ging allmählich in das Selbstbild der Europäer ein. Aus der Abgrenzung gegenüber den kolonialen Anderen gewann man europäisches Selbstbewusstsein. Es war geprägt von zivilisatorischer Überlegenheit, aber auch von dem, was Nietzsche als «*rassische Selbstbewunderung*» verachtete.

Nach 1933 bekamen Europäer die Ausgrenzungskraft rassistischen Denkens am eigenen Leib zu spüren. Das nationale Prinzip hatte als innereuropäisches Ordnungselement unvermittelt ausgedient, rassistische Kategorien entschieden nunmehr über Inklusion und Exklusion, über Freundschaft und Feindschaft. Die ersten Opfer waren deutsche Juden, die ausgebürgert und in die Emigration getrieben wurden. Bald aber gerieten auch die europäischen Nachbarvölker ins Visier des Nationalsozialismus, dessen Expansions- und Vernichtungsenergien interessanterweise von einer betont europäischen Rhetorik orchestriert wurden. Ein Strang solcher Rhetorik wirkte auch nach 1945 fort: in deren Antikommunismus nämlich und der Abkanzelung der Sowjetunion als uneuropäische Macht. «*Asien steht an der Elbe*»: mit dieser Polemik knüpfte Adenauer nahtlos an Ausgrenzungsstrategien an, die eine lange, weit vor 1933 beginnende Tradition kannten, unter den Bedingungen des Kalten Krieges aber neue Überzeugungskraft entfalteten.

Auch die europäischen Einigungspläne, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschmiedet wurden, griffen auf ältere Debatten zurück. Neu war, dass sie defensiv gewendet waren. Nicht nur der verheerende Krieg, sondern auch der Aufstieg Amerikas und die nationalen Un-

abhängigkeitbewegungen in Asien und Afrika hatten Europa seinen Machtverlust überdeutlich vor Augen geführt. Aus dieser Schwäche heraus entstanden Föderationskonzepte, die auf leisen Sohlen daherkamen und auf neuerliche Weltbeglückung verzichteten. Egal, ob es sich um Abendlandideen christlicher Provenienz handelte oder um Vorstellungen eines dritten Weges, wie sie in linksliberalen, sozialistischen und Gewerkschaftskreisen entwickelt wurden – Europa befand sich im Verteidigungszustand und musste um einen Platz zwischen den neuen Weltmächten kämpfen.

Der Kalte Krieg begrenzte diesen Platz auf ein Minimum. Er beschränkte das europäische Projekt auf ein westeuropäisches und gab einer Distanzierung von Amerika gar keinen Raum. De Gaulles Versuche, Europa gegen die USA zu profilieren, stiessen weder in Deutschland und Italien, noch in Grossbritannien oder den Benelux-Staaten auf Gegenliebe. Politisch und militärisch beschied sich die Europäische Gemeinschaft nach 1951 mit der Rolle des Juniorpartners. Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion verschaffte ihr nach 1989 grösseren Spielraum – den sie jedoch

Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion verschaffte der Europäischen Gemeinschaft nach 1989 grösseren Spielraum – den sie bislang aber kaum nutzt.

bislang kaum nutzt, weil nationale Interessen immer wieder die Oberhand gewinnen.

Mit dem Zerfall des Kommunismus ist der Europäischen Union zugleich der zentrale Abgrenzungspartner abhanden gekommen – und nach wie vor ist unklar, wer an seine Stelle treten kann. Zuweilen schien es, als ob es die ungebetenen Immigranten aus Afrika und Asien wären, gegen die sich die guten Europäer in ihrer Schengen-Festung verbarrikadierten. Nach 2003 wurde ausgetestet, ob die USA als politisch-kultureller Antipode taugten. Gerade dieser Test aber trug grossen Unfrieden in das europäische Projekt und drohte es von innen zu zersprengen. In dem dramatischen Dissens über eine europäische, von der amerikanischen abweichende «*Weltpolitik*» deutete sich die Gefahr der Überdehnung europäischer Integration an. Das ehrgeizige Ziel, ihre Erweiterung und Vertiefung zeitgleich zu betreiben, ist 2005 gescheitert. Mit der Aufnahme neuer Mitglieder ist die Vielstimmigkeit nationaler Positionen gerade auf aussenpolitischem Terrain

noch verstärkt worden. Die Chancen, dass Europa hier an Handlungsfähigkeit gewinne, sind daher überaus gering.

In einer Situation, in der die weltpolitischen Karten neu gemischt werden, mag dies bitter und enttäuschend sein. Aber es ruft zugleich wichtige europäische Erfahrungen in Erinnerung, die zur Zurückhaltung mahnen. Dazu gehört die Geschichte europäischer Weltbeherrschung vor 1950 ebenso wie die Geschichte europäischer Selbstbeherrschung nach 1950. Im Schatten des Ost-West-Konflikts ist es den guten (West-)Europäern gelungen, die lange und destruktive Periode europäischer Machtausdehnung zu beenden und auf dem Fundament wirtschaftlicher Interessen neue multilaterale Formen politischer Kooperation zu entwickeln. Das Modell war so erfolgreich, dass sich immer mehr Staaten daran beteiligen möchten – in und ausserhalb Europas. An dieser Erfolgsgeschichte gilt es weiterzubauen, anstatt sie durch übereilte weltpolitische Ambitionen zu gefährden.

Gerade derartige Ambitionen bergen ein grosses Risiko, bewegen sie sich doch auf einem

übersieht dabei geflissentlich, dass es Kriege auch zwischen europäischen «Kernvölkern» gegeben hat, nicht wenige, und viel blutigere Kriege als die Auseinandersetzungen mit dem Sultan. Das Christentum ist in viele Richtungen gespalten, und ob sich ein skandinavischer Protestant in einer griechisch-orthodoxen Kirche heimatlicher fühlt als in einer Istanbuler Moschee, bleibe dahingestellt. Zugleich werden die Juden damit ein weiteres Mal vom Kontinent vertrieben. Renaissance und Aufklärung wiederum haben auch in Europa nicht überall Spuren hinterlassen; andererseits verfügt Europa in Spanien über maurische Überreste, die selbst der militanteste Katholizismus nicht zu schleifen vermochte.

Eine sogenannte kulturelle Identität Europas taugt demnach nicht als Abgrenzungskriterium, denn es gibt sie nicht flächendeckend. Sie liesse sich mit gleichem Recht oder besser Unrecht auch gegen viele osteuropäische Beitrittsländer ins Feld führen. Dass man sie im Falle der Türkei bemüht, deutet darauf hin, dass hier andere – politische – Rücksichten und Erwägungen greifen. Das ist absolut legitim, sollte aber ausgesprochen und diskursiv verhandelt werden.

Auch dort, wo es um politische Interessen geht, lässt sich eine europäische Signatur offensiv behaupten und dabei Bezug nehmen auf Leitbegriffe europäischer Verfassungskämpfe. Wer die Menschen- und Bürgerrechte nicht achtet, Demokratie und Rechtsstaat geringschätzt, das Solidaritätsgebot verletzt, wäre folglich in der EU fehl am Platz. Gleichzeitig sollten sich auch «gute» Europäer daran erinnern, wie oft sie diese Leitbegriffe selber mit Füssen getreten haben – und wie spät sich manche dazu bekannten. Mehr Bescheidenheit und weniger «Selbstbewunderung» täten der Debatte gut. Kritische Introspektion scheint heute um so angemessener, als aus «guten» Europäern gleichsam über Nacht «schlechte» werden können.

Über ihre kulturelle Identität hat sich die Europäische Gemeinschaft lange Zeit keine Gedanken gemacht, und das war ein Segen.

historisch verminten Gelände. Aus gutem Grund begann die Europäische Gemeinschaft nicht mit aussenpolitischen Absichtserklärungen, sondern mit Verhandlungen über Kohleförderung und Tomatenanbau. Auch über ihre kulturelle Identität hat sie sich lange Zeit keine Gedanken gemacht, und das war ein Segen. Wenn derzeit von allen Seiten über die Abwesenheit solcher Identitätskonstruktionen geklagt und versucht wird, die geistigen und kulturellen Dimensionen Europas auszuloten, markiert dies einen potentiell gefährlichen Richtungswechsel. Gerade in einer an schrillen Tönen nicht armen Türkei-Debatte zeigt sich, welch ausgrenzende Wirkungen von der Beschönigung eines europäischen «Geistes» oder eines europäischen «Erbes» ausgehen und auch ausgehen sollen. In der Türkei scheint man den neuen Anderen gefunden zu haben, gegen den Europa sich seiner Identität versichert.

Nur steht solche Selbstgewissheit auf wackligen Füßen. Wer das Christentum als Signatur Europas ins Feld führt, wer Reformation, Renaissance oder Aufklärung zitiert, wer an die osmanischen Kriegszüge gegen «Europa» erinnert, der

UTE FREVERT, geboren 1954, lehrt Geschichte an der Yale University. Zuvor war sie Professorin an der Freien Universität Berlin sowie an den Universitäten Konstanz und Bielefeld. Ihre Forschungen und Publikationen gelten vor allem der Sozial- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben historisch, ökonomisch und politisch wenig Gemeinsamkeiten. Die mit guten Gründen sehr verschiedenartigen Beziehungen zur EU sollten möglichst unabhängig vom Verhältnis dieser Staaten zu Russland und auch unabhängig von der Russlandpolitik der EU gestaltet und weiterentwickelt werden.

(3) Die EU – Vorbild einer friedlichen Kooperation

Bohdan Hawrylyshyn

Die EU und die Länder der osteuropäischen und zentralasiatischen Region unterscheiden sich in nahezu jeder Hinsicht, so etwa in Bezug auf das Regierungssystem, die Einwohnerzahl, Fläche, ökonomische Bedeutung, marktwirtschaftliche Ausprägung und die Handelsbeziehungen. Die EU hat 460 Millionen Einwohner, eine Fläche von 4 Millionen km² und ein Bruttoinlandprodukt (BIP) von insgesamt 12 Billionen USD. Sie ist eine überstaatliche politische Einheit mit einer demokratischen, komplexen Führungsstruktur, deren Mitgliedstaaten sich einen Grossteil ihrer Souveränität und ihrer verfassungsmässigen Unterschiede bewahrt haben. In den osteuropäischen und zentralasiatischen Staaten reichen die Staatsformen von recht demokratischen Systemen über nur dem Namen nach demokratische bis hin zu komplett autokratischen Systemen.

Zwischen den osteuropäischen und den zentralasiatischen Staaten liegt Russland, das bei weitem grösste, bevölkerungsreichste und wohlhabendste NUS-Land mit einer Fläche von 17 Millionen km², 143 Millionen Einwohnern und einem BIP von 1,5 Billionen USD . Das Land verfügt zudem über ein riesiges Atomwaffenarsenal und ein Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Russland ist nicht nur ein wichtiger Energielieferant für die EU, sondern bietet Energiekonzerne aus der EU auch bedeutende Investitionschancen. Für die EU sind gute Beziehungen zu Russland daher von zentraler Be-

deutung. Auf institutioneller Ebene lässt sich die herausragende Stellung Russlands daran ermessen, dass das Land nicht nur – wie andere Staaten – ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU hat, sondern auch Gipfeltreffen mit den Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedstaaten abhält. Russland ist darüber hinaus Mitglied der G8 und hat Anfang des Jahres den Vorsitz der Gruppe übernommen. Die Nato hat dem Land einen Sonderstatus eingeräumt. Allerdings ist Russland ein eurasisches Land, dessen Staatsgebiet und Ressourcen, darunter insbesondere Erdöl und Erdgas, überwiegend in Asien liegen. Es ist daher nicht «nur» ein europäisches Land und hat weder die Absicht noch die geeigneten Voraussetzungen, der EU beizutreten.

Das für die EU zweitwichtigste Land in Osteuropa ist die Ukraine. Sie ist ein direkter Nachbar der EU mit 47 Millionen Einwohnern, einer breiten industriellen Basis und einem BIP von 320 Milliarden USD (PPP) und steht der EU im Hinblick auf ihre Werte und ihre Kultur am nächsten. Mit der Orange Revolution hat die Ukraine den Weg zur vollständigen Demokratisierung und Einführung einer freien Marktwirtschaft eingeschlagen. Die Mehrheit der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Elite befürwortet einen EU-Beitritt.

Die politischen Beziehungen zwischen der EU und Weissrussland haben sich angesichts der totalitären und antiwestlichen Ausrichtung des Landes unter dem wiedergewählten Präsidenten stark abgekühlt. Es existieren daher keine aktiven Beziehungen auf der Grundlage bedeutender offizieller Vereinbarungen.

Die Republik Moldawa strebt eine Mitgliedschaft in der EU an. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bewegt sich jedoch auf sehr niedrigem Niveau; zudem hat das Land gravierende Probleme mit der abtrünnigen Republik Transnistrien, in der eine grosse Einheit der russischen Armee stationiert ist. Die Beziehungen der EU zur Republik Moldawa dürften voraussichtlich nach dem EU-Beitritt Rumäniens und der Lösung der Transnistrien-Frage gestärkt werden.

Die drei kleinen Kaukasusrepubliken weisen sowohl untereinander als auch in ihren Beziehungen zur EU grosse Unterschiede auf. Aserbaidschan ist auf Grund seiner Energiressourcen ein wichtiger Partner, Armenien vor allem wegen seiner gemeinsamen Grenzen mit dem Iran und der Türkei, während Georgien mit ernsthaften Demokratisierungsbestrebungen von sich reden macht.

Von den zentralasiatischen Republiken spielt Kasachstan für die EU die wichtigste Rolle. Dies liegt einerseits an den Öl- und Gasvorkommen des Landes, aber auch daran, dass Kasachstan wirtschaftlich am weitesten entwickelt ist, ein friedliches Zusammenleben seiner unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen erreicht hat und als Hauptakteur für Frieden und Stabilität in Zentralasien eintritt. Die engsten Beziehungen unterhält das Land zu Russland, da 30 Prozent seiner Bevölkerung russischer Abstammung sind und die kasachischen, für westliche Märkte bestimmten Öl- und Gaslieferungen – auf dem Weg in das ukrainische Transitsystem – Russland durchqueren müssen. Auch China als schnellwachsende Volkswirtschaft in Asien mit einem entsprechend grossen Interesse an Kasachstans Energiequellen spielt eine herausragende Rolle. Die USA haben ein starkes geopolitisch motiviertes Interesse an Kasachstan, während der kasachische Energiesektor von umfangreichen Investitionen aus den USA profitiert. Die EU nimmt aufgrund der geographischen Entfernung keine zentrale Stelle ein, ist jedoch mittlerweile der bedeutendste Investor

In der Aussenpolitik fällt es der EU schwer, einen Konsens zu erzielen.

in Kasachstan und wird als sicherer Partner betrachtet, von dem keine Gefahr für Kasachstans Unabhängigkeit ausgeht.

Turkmenistan ist die autokratischste der zentralasiatischen Republiken. Die Beziehungen der EU zu dieser Republik sind entsprechend distanziert. Das Land verfügt jedoch über umfangreiche Öl- und Gasvorkommen und bleibt daher von wirtschaftlichem Interesse. Die bevölkerungsreichste der zentralasiatischen Republiken ist Usbekistan mit 27 Millionen Einwohnern. Das Land ist nicht so sehr wegen seiner Rohstoffressourcen, sondern vor allem aufgrund seiner geopolitischen Lage von Interesse – dies allerdings mehr für die USA als für die EU. In Kirgisistan wurden ernsthafte Versuche unternommen, das Land in einen demokratischen Staat zu verwandeln. Diese waren bisher jedoch nur wenig erfolgreich. Kirgisistan hat eine politisch sensible Grenze mit China. Tadschikistan, die kleinste und mit einem BIP von knapp 9 Milliarden USD ärmste der zentralasiatischen Republiken, kann das zweifelhafte Privileg für sich in Anspruch nehmen, gemeinsame Grenzen mit dem Iran und Afghanistan zu haben.

In der Aussenpolitik fällt es der EU schwer, einen Konsens zu erzielen. Dementsprechend problematisch gestaltet sich auch die Richtungsbestimmung in den Beziehungen mit den Ländern Osteuropas und Zentralasiens. Die Ablehnung der geplanten EU-Verfassung durch einige wichtige Mitgliedstaaten war symptomatisch für diese institutionellen Probleme. Ein weiterer Faktor, der in gewisser Weise mit dem ersten zusammenhängt, ist die allzugrosse Rücksichtnahme auf die Wünsche und möglichen Reaktionen Russlands, von der sich die EU bei der Gestaltung ihrer Politik und ihrer Beziehungen mit anderen Ländern in Osteuropa und Zentralasien leiten lässt. Es besteht zumindest in absehbarer Zukunft kaum Aussicht, dass sich Russland zu einem demokratischen Staat entwickeln werde. Untermauert wird diese Annahme durch das jüngste harte Vorgehen gegen nichtgouvernementale Organisationen (NGOs), insbesondere solche, die vom Ausland unterstützt werden.

Versuche, Diktatoren oder auch nur Mächtigern-Diktatoren zu besänftigen, haben sich in den internationalen Beziehungen als nutzlos erwiesen. Die EU sollte daher ihre Position klarer zum Ausdruck bringen und deutlich machen, dass sie ihre derzeitigen Beziehungen zu Russland nur aufrechterhalten oder sogar weiter ausbauen werde, wenn Russland seine Menschenrechtssituation verbessert und nicht nach Hegemonie in seinem ehemaligen Machtbereich strebt. Russland steht gewiss kein «Vetorecht» in der Frage zu, welche NUS-Staaten der EU oder auch der NATO beitreten dürfen. Eine solche klare Politik der EU würde die Kräfte in Russland stärken, die sich für die Entwicklung Russlands zu einer modernen Demokratie und den Einsatz seiner wirtschaftlichen Ressourcen und seines geistigen Kapitals zur Verbesserung des Wohlergehens seiner Bürger einsetzen. Dies, nämlich die Schaffung friedlicherer und verlässlicherer Beziehungen in Osteuropa und Zentralasien, wäre zweifellos im Interesse Russlands, aber natürlich auch durchaus im Interesse der EU.

Die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine waren stets zwiespältig. Die Ukraine ist in wirtschaftlicher, politischer oder sozialer Hinsicht noch nicht reif für die EU-Mitgliedschaft. Das liegt zumindest zum Teil daran, dass die EU weder zum Zeitpunkt, als die Ukraine unabhängig wurde, noch seither klargestellt hat, dass die Ukraine als Mitglied der EU willkommen wäre, vorausgesetzt, dass sie die Kopenhagener Kriterien erfüllt. Die für die Kandidatur für eine EU-

Mitgliedschaft erforderlichen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen konnten wegen der Polarisierung der politischen Kräfte des Landes nicht durchgeführt werden. Die Situation entwickelte sich zu einer Art Teufelskreis. Ausser in einigen wenigen EU-Mitgliedstaaten, die die Bestrebungen der Ukraine um eine Mitgliedschaft nachdrücklich unterstützten, herrschten in der übrigen EU begründete Zweifel am Willen und der Fähigkeit der Ukraine zur Vertiefung der notwendigen Reformen. Dies wiederum erschwerte ausreichende Fortschritte der Reformen, teils wegen der wieder einmal zu schwachen politischen Unterstützung, teils aber auch wegen der zwiespältigen Haltung der EU gegenüber der Ukraine.

Nun aber gibt es eine Chance zur Veränderung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine, und sie hat in der Tat bereits eingesetzt. Die Orange Revolution zeigte deutlich, wie sehr sich die Menschen nach Freiheit und Demokratie sehnten. Millionen von friedlichen Demonstranten forderten in ihren Parolen Wahrheit und Freiheit. Die Ukraine machte einen notwendigen Wandlungsprozess durch, wurde durch die Orange Revolution zwar etwas erschüttert, erholt sich inzwischen aber wieder. Es wurden vollständige politische Freiheiten gewährt, die Medien sind frei, die Menschen fühlen sich frei, auch wenn viele mit der wirtschaftlichen oder politischen Lage unzufrieden sind. Die EU ihrerseits hat zum friedlichen Ausgang der Orangen Revolution beigetragen und kürzlich mit der Anerkennung der Ukraine als marktwirtschaftlich orientierten Staates einen wichtigen Schritt getan. Auch in anderen Bereichen sind bereits Fortschritte zu verzeichnen. So liegen Verträge über die Zusammenarbeit in den Bereichen Raumfahrt, Energie und Navigation sowie Kooperationsverträge mit der *European Investment Bank* vor. Nun muss die EU nur noch die Berechtigung der Ukraine zur Mitgliedschaft-Kandidatur klären und den Beweis antreten, dass ihre Politik gegenüber der Ukraine auf ein selbstständiges Land abzielt, das von den Vorlieben und Abneigungen Russlands völlig unabhängig ist.

Die tatsächlich angebahnten Beziehungen zwischen der EU und Russland sowie der EU und der Ukraine können auch das Muster für die Beziehungen zu anderen Ländern in Osteuropa und Zentralasien bilden. Man sollte den anderen osteuropäischen Ländern deutlich machen, dass sie einen Anspruch auf Mitgliedschaft in der EU haben, vorausgesetzt sie zeigen einen ausreichend

starken Willen und die Fähigkeit, die Werte der EU zu übernehmen, die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen durchzuführen und sich zu echten Demokratien mit marktwirtschaftlichen Systemen zu entwickeln. Für die zentralasiatischen Länder gilt eine andere Botschaft. Das Interesse der EU an diesen Ländern ist eher wirtschaftlicher und geopolitischer Natur, das heisst es besteht darin, bessere Handels- und Investmentbeziehungen zu entwickeln, eine verlässliche Energieversorgung zu sichern und zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Region beizutragen.

Die EU verfolgt keinen geographischen oder missionarischen Imperialismus und drängt nicht nach Erweiterung. Sie ist nicht aggressiv und glaubt nicht, dass sie das einzige mögliche Lösungsmuster für politische und wirtschaftliche Probleme gefunden habe. Sie akzeptiert die Berechtigung einiger anderer politischer und wirtschaftlicher Philosophien. Sie ist jedoch die höchstentwickelte politische Struktur mit vielen wirtschaftlich weit fortgeschrittenen Mitgliedern, die in der Lage ist, mit nationalen und kulturellen

Man sollte den anderen osteuropäischen Ländern deutlich machen, dass sie einen Anspruch auf Mitgliedschaft in der EU haben

Unterschieden umzugehen und ehemals tödlich verfeindete Länder miteinander zu versöhnen. Daher ist sie ein Vorbild für andere Regionen und Länder. Sie hilft denjenigen, die zu Recht eine Mitgliedschaft anstreben, und zeigt anderen den Weg und unterstützt sie bei ihrer Entwicklung zu effektiveren, freieren, wohlhabenderen Ländern. Mit einer eindeutigeren, stärkeren Politik, wie oben beschrieben, würde auch die EU selbst leistungsfähiger, effektiver, stärker und motivierter werden.

BOHDAN
HAWRYLYSHYN,
geboren 1926 in der
Ukraine, leitete als
Professor das Institut
für Internationales
Management in Genf
und ist heute
Vorsitzender des Inter-
nationalen Zentrums
für Politikstudien in
Kiew und Mitglied des
Club of Rome.

Europas Asienbild ist immer noch von Vorurteilen, Wunschkvorstellungen und Modetrends geprägt. Indien ist als Rechtsstaat mit freiheitlicher Information und Kommunikation offener und berechenbarer als China. Beide Giganten bieten nicht nur attraktive Märkte und Produktionsstandorte, sondern sind vermehrt als die Führungsmächte des 21. Jahrhunderts wahrzunehmen, mit denen sich ein intensiverer Austausch für Europa in jeder Beziehung lohnen dürfte.

(4) Indien und China – setzt Europa die richtigen Prioritäten?

Urs Schörtl

Es gibt heute immer weniger Zweifel daran, dass die Welt mit dem Beginn des dritten Milleniums auch in ein neues Zeitalter, nämlich in das asiatische Jahrhundert, eingetreten ist. China und, mit etwas Verspätung, Indien haben sich aufgemacht, auf der Weltbühne und in der Weltwirtschaft wieder jene Rolle zu spielen, die sie bis zum 18. Jahrhundert, vor dem Abstieg in eine beinahe zweihundertjährige Dekadenz, wahrgenommen hatten. Für Europa bietet diese Entwicklung neue Chancen und neue Risiken.

Im Bezug auf Kultur, Geschichte und Politik sind China und Indien höchst verschieden. Dieser Tatsache ist bei einer realistischen Beurteilung der Entwicklungsperspektiven der beiden asiatischen Giganten Rechnung zu tragen. Was die technologischen Mittel betrifft, war die Welt noch nie so umfassend und so durchdringend vernetzt wie heute. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Regel die Kenntnis fremder Kulturen und fremder Länder nach wie vor sehr rudimentär ist. Noch immer bestimmen Modetrends die Meinungsbildung. Kaum ein Unternehmen kann es sich leisten, in seinen Geschäftsberichten nicht auf China einzugehen, mit China im Geschäft zu sein oder gar in China zu produzieren. Stets steht vor den

glänzenden Augen der auswärtigen Beobachter die magische Zahl von 1,3 Milliarden. Welch ein Riesenprofit, so denkt man sich, wenn diese 1,3 Milliarden Chinesen – oder auch nur ein Bruchteil davon – mein Produkt kaufen!

Lange Zeit vermochte Indien bei diesem Spiel nicht mitzuhalten. Im Gegensatz zu China kann es sich nicht hinter einer geheimnisvollen Sprache verbergen. Im Gegensatz zum Reich der Mitte waren es im Falle Indiens auch häufig Spirituallisten wie die Hippies, die im Westen das Image prägten. Mit der IT-Revolution hat sich jedoch auch Indiens Ansehen in der Welt etabliert, und plötzlich nehmen viele Investoren und Unternehmensleitungen, die zuvor ausschliesslich auf China fokussiert waren, Indien als Produktionsstandort und Anlagedestination ernst.

In der sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts abzeichnenden Weltordnung sind für Europa die Beziehungen zu den beiden aufstrebenden asiatischen Mächten von grosser geopolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Es ist offenkundig, dass die islamische Welt, insbesondere auch der Mittlere Osten, grosse Schwierigkeiten mit der Modernisierung und Globalisierung hat. Die nichtislamischen asiatischen Gesellschaften sind von ihrer kulturellen und religiösen Entwicklung her erheblich besser in der Lage, sich der neuen zivilisatorischen Errungenschaften zu bedienen. Sehr stark ausgeprägt ist dies im chinesischen Pragmatismus. Hier gibt es keine Träume von einem Paradies nach dem Tode, für das es sich lohnen würde, das eigene Leben einzusetzen. Wie die Menschen in den säkularisierten westlichen Industriegesellschaften wollen es die Chinesen in *diesem* Leben zu etwas bringen. Eine ähnliche Fähigkeit zur Anpassung prägt die urbanisierten Hindus in Indien. Sowohl Indien als auch China streben eine stabile Weltordnung an, da beide Länder ein grosses Interesse an einer funktionierenden Weltwirtschaft, an einer effizienten internationalen Finanzordnung und an der reibungslosen Versorgung mit Energieträgern und Rohstoffen haben.

In seinem eigenen Interesse sollte Europa diesen fundamentalen Wandel in beiden asiatischen Grossmächten würdigen und für intensivere Kooperation auch in sicherheitspolitischen Belangen nutzen. Viele Europäer pflegen mit Herablassung auf den amerikanischen Präsidenten zu schauen. Tatsache ist, dass sowohl im Falle Chinas als auch im Falle Indiens die USA in den letzten Jahren viel geschickter agiert haben als die Europäer. Vor allem unter dem Einfluss der Briten und der Fran-

zosen sowie der kleineren EU-Mitglieder begeht Europa noch immer den Fehler, Indien und Pakistan als gleichwertig zu behandeln, obschon die Indische Union die eindeutig dominante Macht in Südasien ist und dort auch besondere sicherheitspolitische Aufgaben wahrzunehmen hat. Schliesslich haben auch die Europäer ein vitales Interesse daran, dass die internationalen Seewege im Indischen Ozean offengehalten werden. Dies zu gewährleisten, ist neben den Amerikanern allein die indische Flotte in der Lage. Im Falle Chinas wiederum muss sich Europa ernsthaft überlegen, ob es sinnvoll sei, das Waffenembargo, das nach der blutigen Unterdrückung der chinesischen Demokratiebewegung im Frühsommer 1989 erlassen worden war, weiterhin aufrechtzuhalten. China wird dadurch auf die Stufe von *rogue states* gesetzt und mit einem Gesichtsverlust bestraft, den es nach all den Erniedrigungen, die dem Reich der Mitte von den Engländern, Franzosen und Deutschen seit dem 19. Jahrhundert zugefügt worden sind, am allerwenigsten von den Europäern hinzunehmen gewillt ist.

Europas wirtschaftliche Kooperation mit den beiden asiatischen Giganten muss den politischen Realitäten Rechnung tragen. Chinas Führung hat, wenn man die vor rund einem Vierteljahrhundert lancierten Wirtschaftsreformen betrachtet, nur Bestnoten verdient, um so mehr als sie, wie die jüngsten Reformbestrebungen im Finanzbereich deutlich zeigen, nicht auf den Lorbeeren des einmal Erreichten ausruht. Auch im Bereich der urbanen sozialen Modernisierung ist Chinas Leistungsausweis bemerkenswert.

Ganz anders sieht es jedoch an der politischen Front aus. Der wirtschaftlichen und sozialen Dynamik steht politische Stagnation gegenüber. Noch immer werden in China politisch und religiös unliebsame Personen verfolgt, noch immer übt die Zensurbehörde eine strikte Überwachung über das aus, was die Chinesen lesen, sehen und hören dürfen. Gerade auch die Zensur des Internets hat dieses Erbe des Totalitarismus einmal mehr in Erinnerung gerufen.

Indien verfügt über eine Tagespresse, die in ihrer Vielfalt und Kritiklust auch der amerikanischen oder britischen in nichts nachsteht, derweil in China noch immer in allen sensiblen Bereichen ein geschmackloser Einheitsbrei aufgetischt wird. Ohne Zweifel schadet sich China mit der Zensur selbst am meisten. In einem Zeitalter, da Wissen Macht ist und immer mehr über den ökonomischen Erfolg entscheidet, ist jede censurierte Information ein Nachteil. Noch

problematischer ist allerdings, dass es in China keine Ventile gibt, über die sozialer und politischer Druck in einigermassen geordneter Form abgelassen werden könnte. Die Regierung selbst hat erkannt, dass die soziale Unrast im Lande, die durch weitverbreitete Korruption und ein rasch wachsendes Reichtumsgefälle noch zusätzlich angeheizt wird, das System bedroht.

Im Gegensatz zu China hat Indien nicht nur eine erprobte Demokratie, es hat auch einen funktionierenden Rechtsstaat. Beides ist nicht nur für die Menschen im Lande, sondern auch für die ausländischen Unternehmer und Investoren von Bedeutung. Nachdem einmal die Zügel des Sozialismus abgeworfen worden waren und sich die unternehmerische Initiative in immer mehr Bereichen entfalten konnte, ist die künftige Entwicklung in Indien viel berechenbarer geworden als in China, wo die beiden Quantensprünge zur Demokratie und zum Rechtsstaat erst noch vollzogen werden müssen. Es wäre verfehlt, wenn die Europäer diese unterschiedlichen Voraussetzungen zum Anlass nähmen, nun den Chinesen eine Standpauke zu halten und sie vor aller Welt-

Die künftige Entwicklung ist in Indien viel berechenbarer als in China.

öffentlichkeit zur Demokratie und zum Schutz der Menschenrechte zu ermahnen. Solche Schritte können nie die erwünschte Wirkung zeitigen, da sie auf der chinesischen Seite einen enormen Gesichtsverlust mit sich bringen. Vielmehr geht es darum, in einem intensiven Fachdialog mit den Angehörigen der chinesischen Eliten, von der Partei über die Universitäten bis zu den *Think Tanks*, einen Erfahrungsaustausch zu betreiben. Die Chinesen sind lernfähig und lernbegierig und es ist dies einer der wichtigsten Garanten dafür, dass unter allen Szenarien, die es für die Zukunft Chinas in Erwägung zu ziehen gilt, die Möglichkeit eines friedlichen politischen Übergangs nicht von vornherein ausgeschlossen werden darf. Die USA haben aus den verschiedensten Gründen in den letzten Jahren für Studierende und Führungskräfte aus China und Indien viel von ihrer früheren Attraktivität verloren. Es könnte sich als gute Anlage erweisen, wenn Europa vermehrt in analoge Beziehungen investieren würde, wobei im Falle Indiens vor allem die Naturwissenschaften und das Management profitieren würden, derweil im Falle Chinas die Gesellschaftswissenschaften ein besonders wichtiges Element wären.

URS SCHÖTTLI, geboren 1948 in Basel, ist seit 2002 China-Korrespondent der NZZ in Peking. Zuvor berichtete er als Südostasien- und als Fernost-Korrespondent für die NZZ aus New Delhi, Hongkong und Tokio.

Europa hat viele Gemeinsamkeiten, die in einer – trotz aller Vielfalt – gemeinsamen Geschichte wurzeln und jenes Sozialkapital bilden, das im globalen Umfeld Vertrauen schafft und Erfolg verspricht.

(5) Mehr Selbstvertrauen in Europa

Eugen von Keller

Gibt es gemeinsame Erfahrungen und Wertvorstellungen, die uns Europäer von den Bewohnern anderer Kontinente unterscheiden? Über die Unterschiede zwischen Europäern und Asiaten ist noch bis vor wenigen Jahren von Reiseschriftstellern viel populärwissenschaftlicher Unsinn verbreitet worden, etwa über die wohlzuende Wirkung der «asiatischen Werte», die angeblich jenen Zusammenhalt vermitteln, welcher asiatische Nationen so wettbewerbsfähig mache: Geduld, Fleiss, Autoritätsrespekt, Sozialharmonie und Familiensinn, basierend auf den Tugenden des Konfuzianismus und den Notwendigkeiten einer gemeinschaftlichen Wasserverteilung beim Reisanbau. In Tat und Wahrheit sind die Eigenschaften und die Wertebasis der asiatischen Völker und Nationen so unterschiedlich wie die jeweiligen historischen Erfahrungen, gesellschaftlichen Strukturen, Religionen und Lebensweisen von Chinesen, Japanern, Indern, Indonesiern und Filipinos – also vollkommen unterschiedlich.

Gerade im Aussenvergleich mit Asien zeigt sich, dass wir Europäer eben doch mehr als nur die geographischen Grenzen und das milde Klima des Golfstroms gemeinsam haben. Was uns eint, ist eine gemeinsame Geschichte, ungezählte kriegerische und ebenso viele friedliche Durchmischungen und damit gemeinsame sprachliche, staatliche, kulturelle und geistig-ethische, sogar religiöse Wurzeln und Klammern. Auch in der Unternehmensführung gibt es – trotz allen Unterschieden in den Führungsstrukturen und Organisationsformen, in der Mitarbeitermotivation und in den Führungserwartungen, in den Geschäftsusancen und Personalsystemen – mehr

Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Vor allem auf drei Ebenen sind wir Europäer uns doch sehr ähnlich: *erstens* in der Markt- und Geschäftsstrategie, *zweitens* in unserem inneren Verhältnis zur Arbeit im allgemeinen und zu unserer Firma im besonderen, und *drittens* in unserer Führungsphilosophie.

Es ist in den letzten Jahren viel über die Wachstumsschwäche Europas geschrieben worden. Es ist wohl wahr, dass die Länder Westeuropas, vor allem Deutschland, Frankreich und Italien in ihrem Wachstum hinter den USA und den «Tigerstaaten» herhinken und dass die notwendigen Strukturveränderungen nur zögernd vorankommen. Das darf aber über zwei Dinge nicht hinwegtäuschen. Einmal spiegeln Europas Durchschnittswerte nicht wieder, dass Länder wie Irland, Finnland oder Schweden im Westen und die meisten neuen EU-Länder im Osten mit ihren Wachstumsraten und Wettbewerbsbedingungen teilweise noch vor den USA liegen. Dazu kommt, dass die allgemeine Lage der Wirtschaft kaum etwas über die aktuelle Verfassung der Unternehmen aussagt. Im Wettbewerbsvergleich mit amerikanischen Unternehmen kann man nämlich erkennen, dass europäische Unternehmen in einer Vielzahl von Industrien strategischer besser geführt werden, einen höheren und stetigeren *Cashflow* produzieren, internationaler ausgerichtet sind und die globalen Marken-, Vertriebs- und Personalstrategien besser umsetzen.

Immerhin sind 14 unter den Top 20 der am meisten globalisierten Länder europäische Länder, und das liegt nicht nur daran, dass Unternehmen aus kleinen Ländern wie der Schweiz oder Finnland «global gehen» müssen, wenn sie wachsen wollen, sondern dazu gehört auch Deutschland, das immerhin den fünftgrössten Binnenmarkt der Welt besitzt und sich damit eigentlich zufriedengeben könnte. Der unzweifelhafte Erfolg europäischer Unternehmen auf den Weltmärkten beruht auf einer Reihe wertvoller Eigenschaften.

Europäer sind es wie kaum andere Völker gewohnt, im internationalen Handel zu leben und mit anderen Kulturen, Sprachen, Sitten zurechtzukommen. Wir waren immer multikulturell, hatten mehrere Sprachen zu sprechen und mehrere Kulturen in uns oder in unseren Staatsgebilden zu integrieren. Firmen wie Mann und Hummel, Bosch oder Webasto erwirtschaften schon heute weit mehr als die Hälfte ihres Umsatzes ausserhalb des Heimatlandes. Inzwischen ist gerade diese Exportorientierung zu einer der Kernkom-

petenzen europäischer Unternehmen geworden, da sie ein exzellentes methodisches Know-how entwickelt haben dafür, wie man neue Auslandsmärkte analysiert und angeht.

Selbst im Vergleich zu den USA sind europäische Unternehmen in verschiedenster Hinsicht weit voraus. Nur wenige grosse Firmen wie McDonald's, Coca-Cola, IBM und GE sind global präsent. Dies findet auch in den Personalressourcen seinen Niederschlag: nur 14 Prozent aller Amerikaner haben überhaupt einen Pass! Und japanische Firmen, so erfolgreich sie sich im internationalen Wettbewerb auch geschlagen haben, liegen noch immer weit zurück, wenn es um ihre Präsenz in anderen Ländern geht, denn schon an den Sprachkenntnissen scheitert vieles.

Eigenschaften, die den europäischen Unternehmen zu ihrer globalen Spitzensetzung in vielen Industrien verholfen hat, sind ihre konsequente Innovationsbereitschaft, die Fokussierung auf sehr spezifische, meist technologische Kernkompetenzen und deren ständige Weiterentwicklung sowie unausgesetzte Verteidigung und weiterer Ausbau der Führung im Wettbewerb. Der Begriff *Hidden Champions* trifft nirgendwo so sehr zu wie in Europa. Es sind meist mittelständische, häufig noch von Gründerpersönlichkeiten oder von der zweiten oder dritten Generation geführte Familienunternehmen mit Technologien und Serviceleistungen, die sich konsequent an Kundenwünschen orientieren. Und sie sind nicht nur in den neuen Industrien wie Pharma, Software oder Medizintechnik zu Hause, sondern gerade in «alten» Branchen, als Automobilzulieferer, als Maschinenbauer, in der Spezialchemie, in Kurierdiensten, sogar auf Gebieten wie «weisser Ware», wo etwa Miele in der dritten Generation beweist, dass man, trotz Kostennachteilen in der Produktion, mit führender Technologie immer eine Nasenlänge vor der Konkurrenz liegen und Geld verdienen kann.

Ein weiteres spezifisches Merkmal europäischer Unternehmen ist ihre Leidenschaft für systematische Abläufe und effiziente Prozesse. Nirgendwo – ausser in Japan – ist dieser Hang so ausgeprägt wie in Europa. Aus gutem Grund. Arbeitskraft war hier immer teuer, und nur durch Präzision in den Prozessen und in der Planung kann man die Arbeitsproduktivität und Produktqualität auf höchstes Niveau bringen. Das gilt natürlich vor allem in der Unternehmenslandschaft, leider weniger in den bürokratischen Strukturen und Institutionen; doch selbst hier findet man schrittweise Veränderungen in Richtung effizien-

terer Abläufe. In Zukunft gilt es wohl, noch vermehrt mit den Nachteilen einer zu hohen Präzisions- und Regelungsleidenschaft zu kämpfen.

Eine Stärke europäischer Unternehmen besteht auch in ihrer Fähigkeit, Markenpositionen aufzubauen und durch konsequente Markenpflege zu erweitern. Japan und – zunehmend – auch China haben eine grosse und wachsende Zahl von begeisterten Markenkäufern, und die multikulturelle Kunst- und Warenwelt kreiert immer wieder neue Konsumententrends. Europäische Unternehmen sind die rührigsten Erfinder und Entwickler von Modetrends und Premiummarken. Man kann nur hoffen, dass im Zuge des allmählichen Alterungsprozesses der europäischen Bevölkerung dieser Vorteil nicht abhanden komme.

In den USA besteht das Arbeitsleben eines Menschen in der Regel aus einer Aneinanderreihung von Jobs, und einer der grossen Vorteile des amerikanischen Wirtschaftssystems wird in seiner Flexibilität gesehen, die es den Menschen ermöglicht und abverlangt, häufig zwischen Jobs und Firmen hin und her zu wechseln. Dagegen

Europäische Unternehmen sind die rührigsten Erfinder und Entwickler von Modetrends und Premiummarken.

überwiegt in Europa – trotz allen sprachlichen Begriffsübernahmen – noch immer das Ethos, einen Beruf zu ergreifen und es darin auch zu einer Spitzenleistung zu bringen.

In einem lesenswerten Buch mit dem Titel «Social Capital and Civil Society» hat der japanisch-amerikanische Autor Francis Fukuyama die These aufgestellt, dass Gesellschaften mit einem hohen Sozialkapital letztlich wirtschaftlich überlegen seien, wobei er unter dem Begriff Sozialkapital die Summe der geschriebenen und ungeschriebenen Regeln und Normen versteht, die die Kooperation von Individuen und Gruppen innerhalb einer grösseren Gemeinschaft fördern und absichern, seien es simple Gebote der Reziprozität von Freundschaftsdiensten und gegenseitige Loyalitätsnormen, oder komplexere Rechts- oder Religionskodices, wie das Christentum oder das Zivilrecht und ein funktionierendes Rechtssystem. Das Mass an sozialem Vertrauen und an Vernetzung, die ordentliche Funktionsfähigkeit der staatlichen Zivilinstitutionen, die Einhaltung von eingegangenen Verpflichtungen, Zahlungsmoral oder Zuverlässigkeit von Geschäftsbezie-

hungen sind demnach Manifestationen des Sozialkapitals in einer Gesellschaft, sind aber nicht selbst schon Sozialkapital.

Mehr noch als in ihren Markt- und Produktstrategien zeichnen sich die europäischen Unternehmen durch ihr Führungsmodell aus, das sich von dem der Angelsachsen, insbesondere dem amerikanischen Unternehmensmodell, deutlich unterscheidet. Seit vor etwa 10 Jahren in Europa die Diskussion darüber begann, ob das amerikanische *Shareholder*-Modell dem europäischen *Stakeholder*-Modell überlegen sei, ist diese Debatte nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die Orientierung der europäischen Unternehmen, die beide Interessen gleich hoch bewerten, hat sie letztlich auch besser befähigt, neue Markt- und Gesellschaftstrends wahrzunehmen und für sich zu nutzen, zum Beispiel in umweltfreundlichen Technologien, in denen schweizerische und deutsche Unternehmen heute marktführend, oder in energiesparenden Technologien, in denen uns nur die Japaner überlegen sind.

Europäische Unternehmen sind auch im Kampf um die besten Managementtalente besser

Die europäischen Unternehmen müssen sich nicht den Amerikanern anpassen – im Gegenteil. Sie müssen noch europäischer werden.

gerüstet, weil sie für sich in Anspruch nehmen können, verschiedene Kulturen im eigenen Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Sie können sich besser auf die nationalen Eigenheiten anderer einstellen und sind bei vielen Arbeitnehmern beliebter als amerikanische oder japanische Arbeitgeber, weil sie mehr Kontinuität und Sicherheit bieten – alles gute Voraussetzungen, um sich im Wettbewerb um die besten Leute in den neu entstehenden Zukunftsmärkten Asiens und Osteuropas erfolgreich zu behaupten.

Um im globalen Wettbewerb zu bestehen und ihre Position auszubauen, müssen sich die europäischen Unternehmen daher nicht den Amerikanern anpassen – im Gegenteil. Sie müssen noch europäischer werden. Dazu gehören drei Ziele, die die Zukunftsagenda europäischer Unternehmen bestimmen sollten:

Erstens: Auf den bestehenden Stärken aufbauen: Innovationskraft, Kundenorientierung, Qualitätsführung und Markenwert.

Zweitens: Das Sozialkapital durch vertrauensbasierte Unternehmensführung pflegen und stärken.

Drittens: Die nationale Identität bewahren, aber gleichzeitig als globale Unternehmen auftreten und die besseren Ideen, Methoden und Führungskräfte aus anderen Ländern integrieren.

Die Globalisierung aller Wirtschaftssektoren zwingt die europäischen Unternehmen dazu, zwei konträre Zielsetzungen gleichzeitig zu verfolgen: die Restrukturierung ihrer bestehenden Produktions- und Vertriebsstrukturen in Europa und ein forcierteres Wachstum im Ausland, vor allem in Osteuropa und Asien. Beide Ziele sind nicht voneinander zu trennen, und gleichzeitig leider auch nicht leicht vermittelbar, weder gegenüber den Arbeitnehmern an den alten Standorten in Europa, noch gegenüber den betroffenen Regierungen. Den Kapitaleignern muss klargemacht werden, dass die Arbeitsverlagerung in Niedriglohnländer allein noch kein Wachstumskonzept ist und dass Investitionen in die Zukunft des Unternehmens für die Entwicklung wichtiger sind als Quartalsergebnisse. Ein derart fundamentaler Transformationsprozess ist nur mit einer integrierten und glaubwürdigen Strategie möglich.

Europäische Unternehmen müssen zu glaubwürdigen und vertrauensbasierten Organisationen werden. Mit ihrer Tradition in Demokratie und dank humanistischen und ethischen Prägungen sind sie dazu viel eher in der Lage, als etwa asiatische Firmen, denen das Image intransparenter Bilanzen, familiärer Partikularinteressen und undurchschaubarer Beziehungsgeflechte anhängt. Glaubwürdigkeit erreicht ein Unternehmen jedoch nur durch einen Führungsstil, der Klarheit in der Zielsetzung, Führungsstärke, Interessenausgleich und Verlässlichkeit im Handeln vorlebt. Vertrauensbasierte Gesellschaften und Unternehmen haben letztlich grosse Wettbewerbsvorteile, weil sie geringere Kontroll- und Prozesskosten haben, da sie ihre Mitarbeiter besser binden und motivieren, und weil der offene Dialog mehr Kreativität fördert. Vertrauensbasierte Unternehmen sind flexibler, reaktionsschneller und damit besser auf die Anforderungen vorbereitet, die die Globalisierung mit der Verlagerung und Reorganisation ganzer Industrien und Wertschöpfungsketten mit sich bringt.

EUGEN VON
KELLER, geboren
1950, studierte Jura und
Betriebswirtschaftslehre
in Genf und St. Gallen
und promovierte
über interkulturelles
Management. Er ist seit
1989 Partner und seit
1997 President Asia von
Roland Berger Strategy
Consultants.

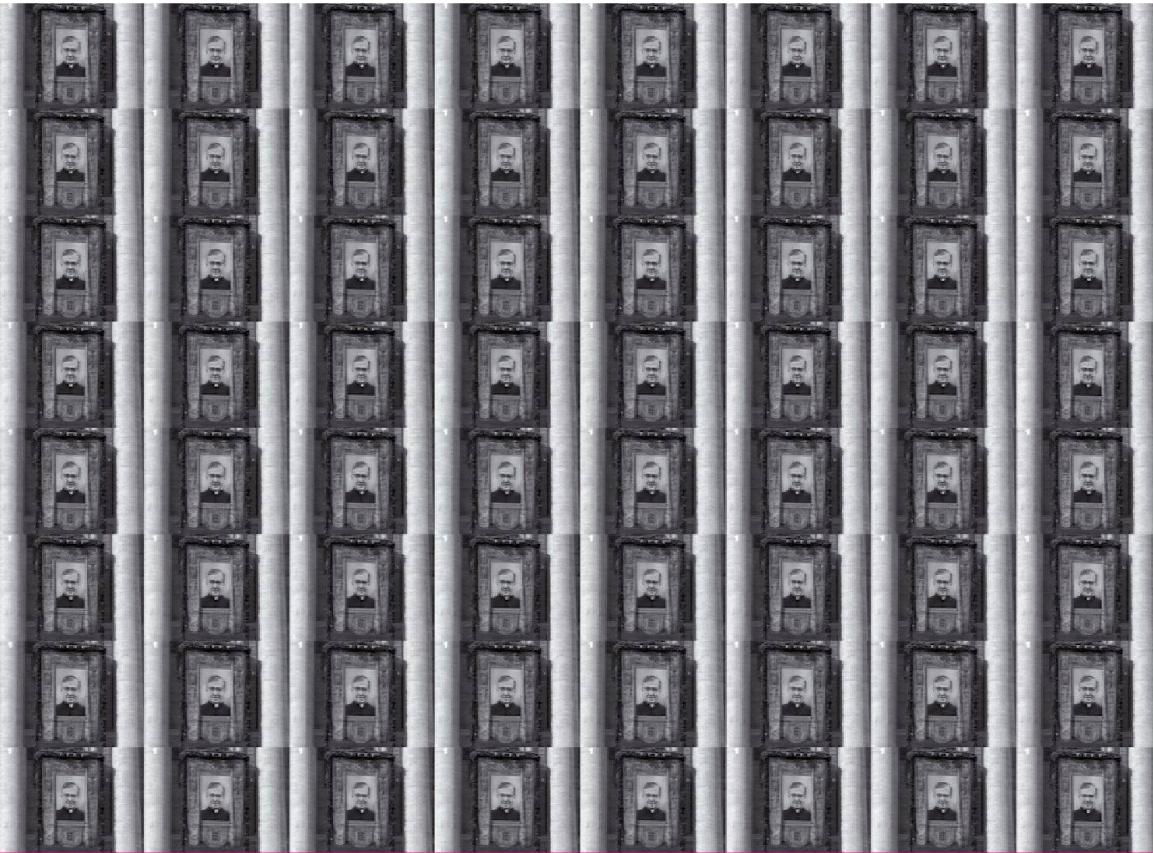
Seiten 29 bis 36: Insert
von M+M (Marc Weiss
und Martin De Mattia),
«Giovanni Paolo»,
Graphik: Felix Kempf.

Giovanni Paolo

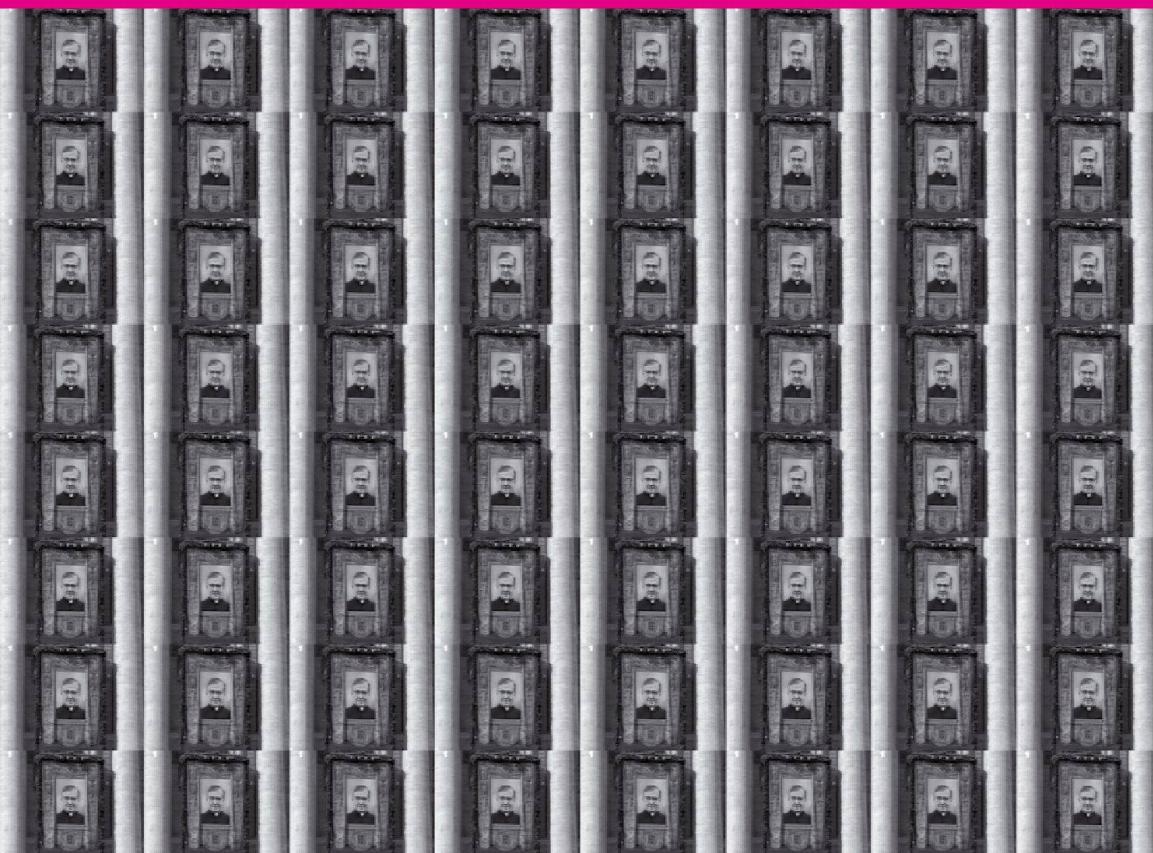
02

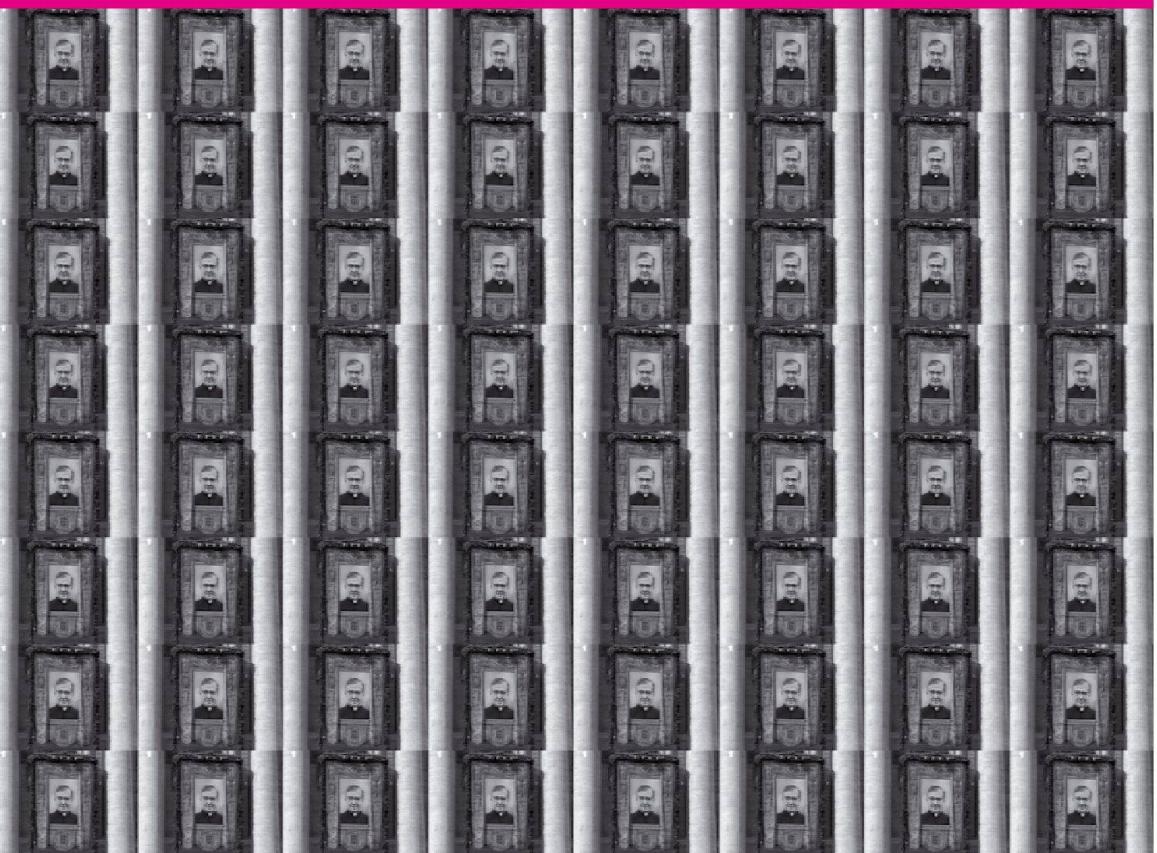
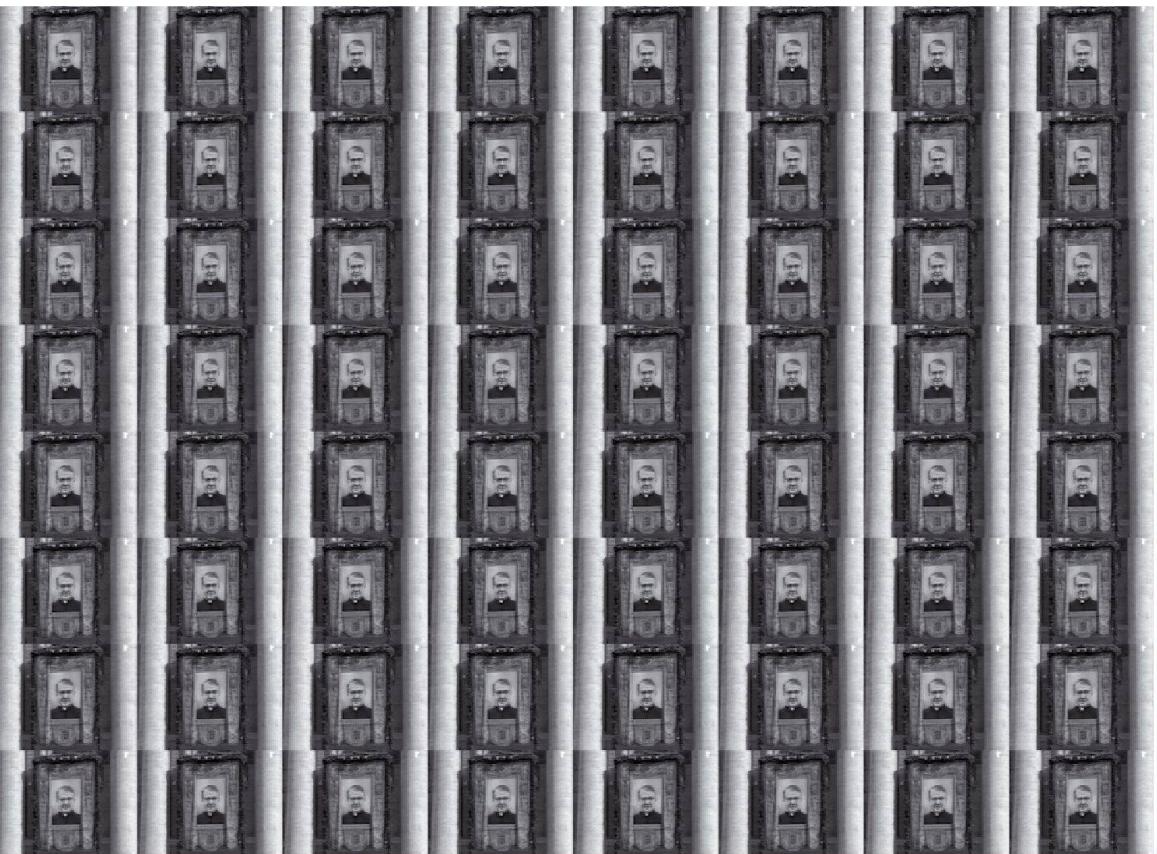
THE OPUS DEI ISSUE 01.06 // ROMA / KRAKOW / BARBASTRO

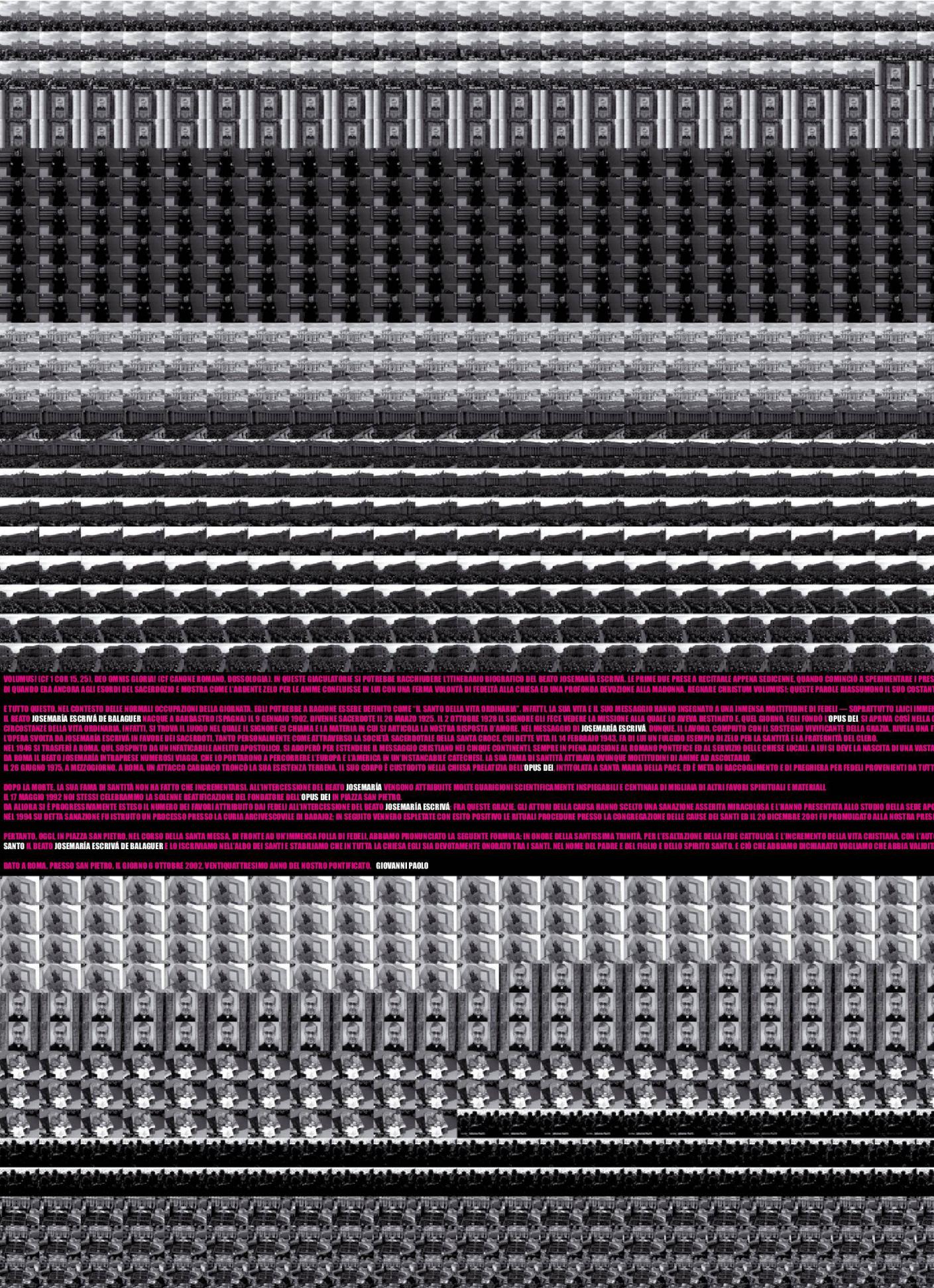




**IN QUESTE GIACULATORIE SI POTREBBE RACCHIUDERE L'ITINERARIO
BIOGRAFICO DEL BEATO JOSEMARÍA ESCRIVÁ.
LE PRIME DUE PRESE A RECITARLE APPENA SEDICENNE, QUANDO COMINCIÒ
A SPERIMENTARE I PRESAGI DELLA CHIAMATA DEL SIGNORE.**







LITTERAE DECRETALES BEATO JOSEPHMARIAE ESCRIVÁ SANCTORUM HONORES DECERNUNTUR IOANNES PAULUS PP II
SERVUS SERVORUM DEI AD PERPETUAM REI MEMORIAM

DOMINE, UT VIBERAMI ICF LC 18, 41; DOMINA, UT SITI OMNES CUM PETRO AD IESUM PER MARIAM, REGNARE CHRISTUM
ANELITO DI PASTORE: DIFFONDERE FRA TUTTI GLI UOMINI E LE DONNE LA CHIAMATA A PARTECIPARE IN CRISTO, ALLA DIGNITÀ DEI FIGLI DI DIO, FIGLI CHE VIVONO SOLO PER SERVIRLO: DEO OMNIS GLORIA!

GI DELLA CHIAMATA DEL SIGNORE, ESSE ESPRIMEVANO IL DESIDERIO PIÙ PROFONDO DEL SUO CUORE: VEDERE QUELLO CHE DIO GLI CHIEDEVA, PER CERCARE DI VIVERE SEMPRE IN AMBOSO COMPIIMENTO DELLA SUA VOLONTÀ. LA TERZA COMPARE CON FREQUENZA NEGLI SCRITTI
ANELITO DI PASTORE: DIFFONDERE FRA TUTTI GLI UOMINI E LE DONNE LA CHIAMATA A PARTECIPARE IN CRISTO, ALLA DIGNITÀ DEI FIGLI DI DIO, FIGLI CHE VIVONO SOLO PER SERVIRLO: DEO OMNIS GLORIA!

E NELLE PIÙ SVARiate PROFESSIONI — A TRASFORMARE IN PREGHIERA, IN SERVIZIO AL PROSSIMO, IN VIA DI SANTITÀ, LE ATTIVITÀ PIÙ COMUNI,
MESNA UN NUOVO CAMMINO MIGRANTE A DIFFONDERE FRA GLI UOMINI E LE DONNE — SENZA INSTINZIONE DI RAZZA, DI CETO O DI CULTURA — LA CONSAPEVOLEZZA DELLA VOCAZIONE UNIVERSALE ALLA PIENEZZA DELLA CARITÀ E ALL'APOSTOLATO, CIASCUNO NEL POSTO CHE OCCUPA NEL MONDO. NELLE
CONDIZIONI INEDITA: ESSO DIVENTA STRUMENTO PER INNALZARE LA CRUCE AL VERTICE DI TUTTE LE ATTIVITÀ UMANE, MEZZO PER TRANSFORMARE IL MONDO DAL DI DENTRO SICURAMENTE SPIRITO DI CRISTO E RAICONCILIARLO CON DI.

GRANMA DI INIZIATIVE DI PROMOZIONE UMANA, DOTATE DI AMPIA PADRONALITÀ SOCIALE E DI FORTE IMPRONTA EVANGELIZZATRICE.

FIL MONDO.

STOLICA ALLO SCOPO DI CONSENTIRE COSÌ CHE IL BEATO VENISSE ANNOVERATO NEL NUMERO DEI SANTI,
PER IL RELATIVO DECRETO SUPER MINO, QUINDI, NICEVUTI I PARETI FAVOREVOLI DEI PADRI CARDINALI E VESCOVI DA NOI CONVOCATI IN CONCILIO IL 26 FEBBRAIO 2002, STABILIMMO CHE IL RITO DELLA CANONIZZAZIONE AVESSE LUOGO IL 6 OTTOBRE SUCCESSIVO.

BITA DI NOSTRO SIGNORE JESU CRISTO, DEI SANTI APOSTOLI PIETRO E PAOLO E NOSTRA, DOPO AVER LUNGAMENTE RIFLETTUTO, INVOCATO PIÙ VOLTE L'AUTO DIVINO E ASCOLTATO IL PARERE DI MOLTI NOSTRI FRATELLI NELL'EPISCOPATO, DICHIARIAMO E DEFINIMMO
ORA ED IN FUTURO, SENZA alcuna DEROGA O ECCEZIONE.

DA ALLORA SI È PROGRESSIVAMENTE ESTESO
IL NUMERO DEI FAVORI ATTRIBUITO

DAI FEDELI ALL'INTERCESSIONE

DEL BEATO JOSEMARÍA ESCRÍVÁ:

FRA QUESTE GRAZIE, GLI ATTORI DELLA CAUSA HANNO SCELTO

UNA SANAZIONE ASERITA MIRACOLOSA

E L'HANNO PRESENTATA

ALLO STUDIO DELLA SEDE APOSTOLICA

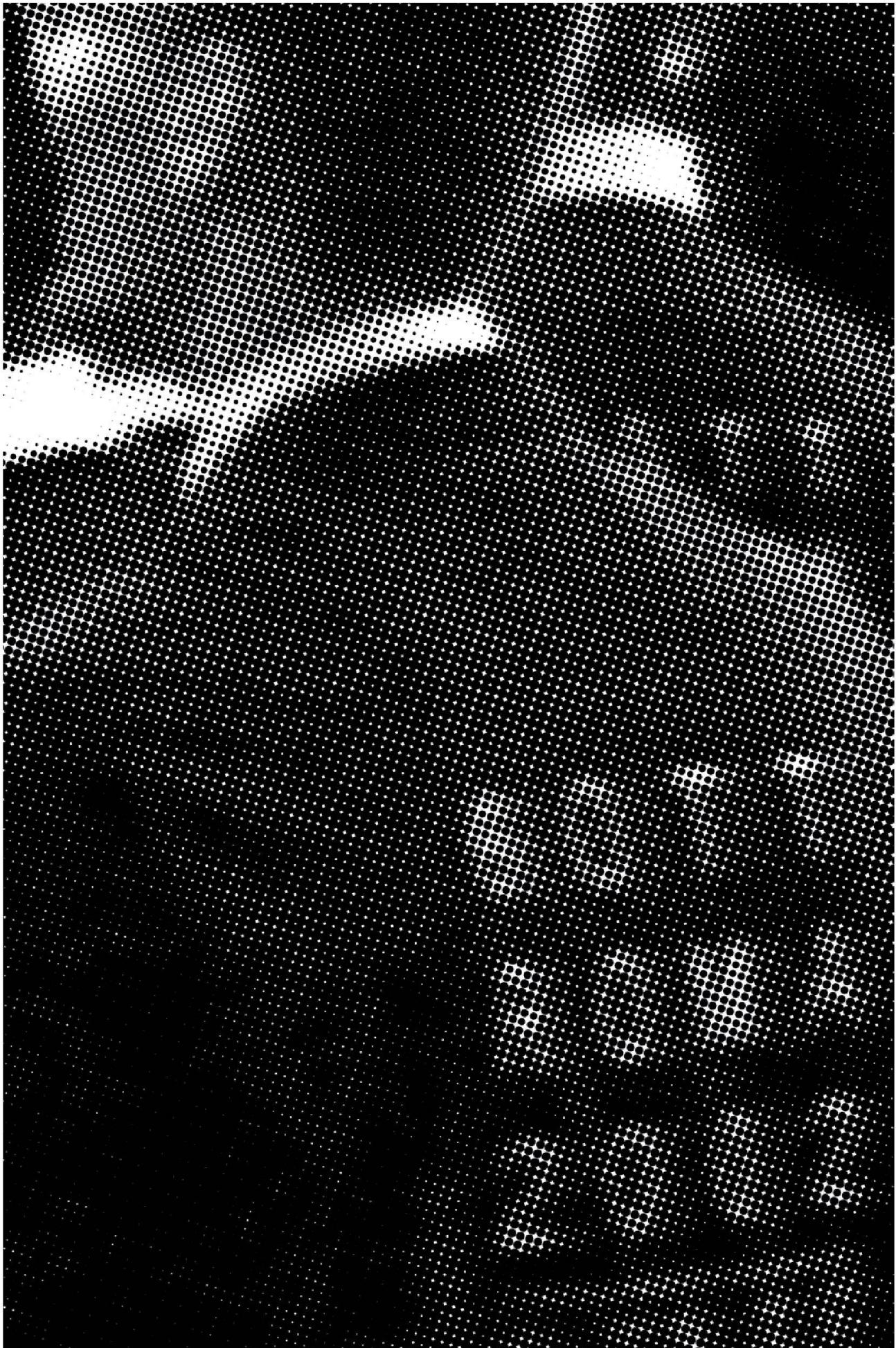
ALLO SCOPO DI CONSENTIRE COSÌ

CHE IL BEATO VENISSE ANNOVERATO

NEL NUMERO DEI SANTI.







Unter dem Druck der Globalisierung wird Europa gezwungen sein, sich von überholten etatistischen, interventionistischen und zentralistischen Modellen zu lösen. Die Politik wird jenen Prozess nachvollziehen müssen, den erfolgreiche Unternehmen bereits vorgezeichnet haben.

(6) Attraktivität nicht ohne Anstrengungen

Konrad Hummler

Wer sich über die Gegenwart und Zukunft Europas Gedanken macht, muss die Geschichte ernst nehmen. Die überragenden kulturellen Leistungen und der während langer Zeit von Europa getragene technische Fortschritt im Rahmen der Industrialisierung wurden fast ohne Unterbruch von einer ausserordentlichen Gewalttätigkeit begleitet. Die zwei letzten grossen, blutigen Auseinandersetzungen auf dem alten Kontinent, der Erste und der Zweite Weltkrieg, konnten nur durch die Intervention der Amerikaner beendet werden, und ohne die USA wäre wohl auch die letzte grosse Diktatur auf dem alten Kontinent, die Sowjetunion und der von ihr beherrschte Warschauer Pakt, nicht vor der Jahrtausendwende zusammengebrochen.

Drei Erfahrungen haben die Europäer nachhaltig geprägt: *erstens* die inhärente Tendenz zur Gewalttätigkeit, *zweitens* die Gefahr des Abgleitens in autoritäre Regierungsformen und *drittens* die Unfähigkeit, die Wende zum Besseren aus eigener Kraft zu schaffen. Diese Erfahrungen sind der Ursprung des Wunsches nach einer übergeordneten Organisation, die Macht und Mittel besitzt, zu verhindern, dass es zu Rückfällen kommt. Das gegenseitige Misstrauen unter den einzelnen Nationen sitzt verständlicherweise tief, ja, die konkurrierenden Nationalstaaten werden sogar immer wieder als das (zu eliminierende) europäische Hauptproblem angesehen.

Ebenfalls in den geschichtlichen Kontext Europas gehört die Abwendung des alten Kontinents vom Religiösen – dies im klaren Gegensatz etwa

zu den USA. Die Beliebtheit der marxistischen und sozialistischen Ideologie, ihre praktischen Anwendungen im Sowjetkommunismus und im Nationalsozialismus, vor allem dann aber deren doch erstaunlich hohe Akzeptanz in breiten Bevölkerungsschichten und besonders auch bei den Intellektuellen Europas lassen sich kaum anders erklären als durch das Bestreben, ein diesseitiges Paradies zu schaffen. An die Stelle der göttlichen Autorität trat eine weltliche, staatliche Ersatzreligion.

Das Quasiparadies des Wohlfahrtsstaats hatte und hat durchaus seine Attraktivität und davon lebt auch seine «Priesterschaft» und das «gläubige Kirchenvolk». Nur zeichnet sich eben schon seit länger Zeit ab, dass es sich nicht selbst tragen kann, sondern aufgrund seiner Tautologien und Reibungsverluste in sich zusammenfallen muss. So lange den wichtigsten europäischen Volkswirtschaften von aussen her kein ernstzunehmender Konkurrenzdruck erwuchs, und das war bis zum Fall der Berliner Mauer mehr oder weniger der Fall, so lange konnte der Wohlfahrtsstaat durch Exporterfolge noch schlecht und recht alimentiert werden. Die Zeiten sind nun aber seit etwa zehn Jahren vorbei, und die Anzeichen für einen kritischen Zustand der Selbstzerstörung mehren sich.

Der Glaube an den Wohlfahrtsstaat und die immer heftiger spürbare Hinwendung der Politik und der Intelligenz zum europäischen Einheitsstaat müssen in einer Linie gesehen werden. Je wackliger das Fundament wird und je mehr sich vieles als Irrglaube erweist, desto mehr wird das Heil im «Zusammenschluss», im «Binnenmarkt», in der «Einheitswährung», im «Europäischen Sozialmodell» und in allen möglichen und unmöglichen Harmonisierungsbemühungen gesehen. Der Glaube an «Brüssel» rückt in den letzten Jahren an die Stelle des Machbarkeitsglaubens auf nationaler Ebene vor.

Die blutigen Erfahrungen aus Europas Geschichte verbieten es selbstverständlich, den Prozess der europäischen Vereinigung lächerlich zu machen. Aber die unselige Verquickung der Idee eines friedlichen europäischen Zusammenlebens mit dem Glauben an den Vorsorgestaat und die Erhebung dieser Verquickung zu einem höheren Prinzip verlangt doch dringend nach einer adäquaten Analyse und Demaskierung. So war Churchills Aufruf *«Let Europe arise!»* von 1946 mit Sicherheit nicht gemeint gewesen. Dass das so konstruierte Europa nun in einer Sackgasse steckt, haben die Franzosen und Holländer im

Sommer 2005 mit ihrem Nein zur Verfassung auch für die Weltöffentlichkeit manifest werden lassen.

Wenn man sich die sozialpolitisch/fiskalische Disharmonie zwischen den einzelnen EU-Ländern vor Augen führt und gleichzeitig bedenkt, zu welchen Schwierigkeiten nur schon der sogenannte «Briten-Rabatt» (die Nichtteilnahme Grossbritanniens an den Agrartransfers innerhalb der EU) geführt hat, dann lässt sich schwerlich vorstellen, dass sich die EU und ihre Mitgliedsländer noch lange auf dem bisherigen Pfad fortbewegen können. Weshalb? Weil es sich bei Sanierungen oder Teilsanierungen der Vorsorgewerke um ganz andere Beträge handelt als bei den Agrarsubventionen. Falls sie sozusagen «komptant» geleistet werden sollten, würde die Steuerlast zusätzlich in die Höhe schnellen. Damit würde die Konkurrenzfähigkeit Europas gegenüber den weitgehend unbelasteten Mitbewerbern aus Asien noch mehr eingeschränkt.

Falls aber – und dies ist zugegebenermaßen die bislang bevorzugte, weil politisch attraktivere Variante – die Finanzierungslücke durch weitere

Reformen haben zu Recht nur eine Chance, wenn sie auch sozialethisch fundiert sind.

Wechsel auf die Zukunft «geschlossen» werden sollte, wird dies weiterhin und in verstärktem Masse auf die Befindlichkeit der Bürger drücken. Das anämische Wirtschaftswachstum kommt ja nicht von ungefähr. Wer ahnt, dass irgendwann einmal, aber unausweichlich, schwere Lasten finanziert werden müssen, der verspürt vergleichsweise wenig Lust zu einer Sonderanstrengung. Wer denn sonst als jene, die verdienen oder die verdient haben (also «die Reichen»), käme für eine solche Finanzierung in Frage? Von gewerkschaftlicher Seite wird immer wieder vorgebracht, es brauche «nur» zwei, drei Prozente mehr Wachstum und ein um noch ein paar Prozentpunkte höheres Produktivitätswachstum, dann sei die Sache wieder im Lot. Als könnte das Wachstum und als könnten Produktivitätssteigerungen einfach so mir nichts, dir nichts herbeigezaubert werden. So lange die Wahrscheinlichkeit überwiegt, dient es einmal um die Früchte seiner Anstrengungen gebracht zu werden, werden sich nur Hyperaktive und Dumme anstrengen.

Ehrlicherweise bleibt eigentlich nur eine Lösung: ein Schnitt, bei dem man zugibt, dass das System pleite ist (was eigentlich alle schon ah-

nen), die Beendigung der Unsicherheit, wer diese Pleite zu bezahlen hat und das Schaffen einer Gewissheit, dass die Lasten in Zukunft nicht wieder grösser werden, sondern kleiner. Das wäre das Programm, das Europa zu neuem Wachstum verhelfen würde. Durch die Krise innerhalb der EU und die absehbaren politischen Umwälzungen in Deutschland kommen wir dem Punkt näher, an dem sich die Dinge entscheiden. Ob die Sanierung auf der Ebene der EU oder doch eher wieder im nationalstaatlichen Bereich stattfinden wird, ist noch völlig offen.

Drei kritische Bereiche sind zu überwinden, wenn es zu einer Gesundung Europas kommen soll. *Erstens* gilt es die Pleite des Wohlfahrtsstaats zur Kenntnis zu nehmen und konstruktiv drauf zu reagieren. Es gilt Abschied zu nehmen von jenem Anspruchsdenken an das Kollektiv, das zur vertrauten Gewohnheit geworden ist. Im Arsenal der Politikwissenschaft und der Sozialökonomie gäbe es an sich genügend Konzepte, die auch und gerade die sozial Schwächsten besser berücksichtigen als der allgemeine Vorsorgestaat. Reformen haben zu Recht nur eine Chance, wenn sie auch sozialethisch fundiert sind.

Die *zweite* grosse Herausforderung wird darin bestehen, das Verhältnis des Bürgers zu seinem Gemeinwesen – sei es nun der Nationalstaat als Mitglied einer EU-Freihandelsorganisation, sei es eine bedeutend weiter integrierte Union – besser zu regeln. Die Begrenzung der staatlichen Macht muss verbindlich und abschliessend in einem Dokument verankert sein. Nicht umsonst war die Verfassung der Vereinigten Staaten ein bis heute beeindruckender Erfolg. Sie schützte und schützt immer noch in erster Linie die Bürger vor dem Kollektiv. In Europa fehlt ein solches Dokument, zumal die Verfassungen der einzelnen EU-Mitgliedsländer, in denen die Grundrechtskataloge figurieren, durch Erlasse der EU immer mehr relativiert worden sind.

Der *dritte* Knackpunkt wird der Umgang mit den realen Unterschiedlichkeiten sein, die diesen Kontinent seit je prägen. «Friedliches Zusammenleben» von Völkern darf und kann vermutlich nie das Resultat einer «Gleichschaltung» sein. Obschon in der EU nominell das Prinzip der Subsidiarität gilt, gingen allzu viele Entwicklungen in Richtung einer Vereinheitlichung – bis hin zur inzwischen berühmt gewordenen Krümmung der Feldfrucht, die nur dann Essiggurke heißen darf, wenn sie den von Brüssel erlassenen Normen entspricht. Europa ist von seiner Geographie, seiner Geschichte, von der herkunfts-

mässigen Zusammensetzung seiner Bevölkerung, und aufgrund der Verschiedenheit in mentaler, religiöser und sprachlicher Hinsicht bei weitem zu divergent, als dass es eine künstlich aufgesetzte Vereinheitlichung verkraften könnte. Der europäische Flächenstaat ist ein Konzept, das im krassen Widerspruch zur europäischen Geschichte steht. Die weitere Zentralisierung sollte daher durch eine Föderalisierung abgelöst werden, bei der die Zentrale Macht an die Glieder zurückgibt. Mit anderen Worten: es gibt nicht nur im individuellen, sondern auch im Bereich der Beziehungen des Ganzen zu den Teilen einen dringenden Bedarf zur verfassungsrechtlichen Klärung und Verankerung. Inwieweit die Einheitswährung Euro mit einer solchen (aus meiner Sicht unausweichlichen) Dezentralisierung kompatibel sein wird, ist schwer zu beurteilen. Die diesbezüglichen Meinungen gehen denn auch stark auseinander.

Die Sanierung in den drei erwähnten kritischen Bereichen kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Der Gesundungsprozess ist kein Sonntagsspaziergang. Trotzdem stehen die Chancen für kleinere, bescheidenere, finanziell günstigere dezentrale Lösungen nicht so schlecht. Der Druck von aussen, die rasant fortschreitende Globalisierung, lassen es nicht zu, weiterhin auf ineffiziente, teure, megalomane Konstrukte zu setzen. Insofern ist ein gewisses Mass an Zuversicht für den Alten Kontinent nicht abwegig. Möglicherweise wird man das mehr oder weniger Richtige tun, nicht weil man will, sondern weil man muss.

Zwar leidet die Binnenwirtschaft von Kerneuropa unter der beschriebenen Hoffnungslosigkeit und der vom Vorsorgestaat begünstigten Apathie. Die hohe Sparquote, (die noch deutlich höher ausfallen würde, wenn man den in der Grauwirtschaft erzielten Verdienst dazuzählen würde...) erklärt sich aus den immanenten Befürchtungen über die Zukunft. Entsprechend verhalten ist schon seit Jahren die Konsumfreude der Europäer. Sinkende Immobilienpreise weisen in einzelnen Grossstädten Europas auf eine gefährlich deflationäre Entwicklung hin. Verwahrlosungsscheinungen in vordem noch intakten Quartieren sind wegen der zum Teil miserablen Finanzlage der Kommunen keine Seltenheit. Höchst unklug wäre es auch, die Augen vor den Ängsten vieler Kerneuropäer um ihren Arbeitsplatz und um die Höhe ihres Lohnes zu verschliessen. Soweit sie nicht ohnehin schon arbeitslos sind, stehen die Lohnbezüger unter einem hohen psychischen und vermutlich auch faktischen Druck. Ähn-

liches dürfte auch für die gewerblichen Betriebe zutreffen.

Aber es gibt auch Anzeichen, die nicht in dieses düstere Bild passen. *Corporate Europe* macht auf den Weltmärkten durchaus stattliche Gewinne. Die Logik der Märkte folgt anderen Gesetzen als denjenigen der Politik. Wenn es politisch am dunkelsten zu sein scheint, beginnen die Erwartungen der Märkte schon, die möglicherweise bessere Zukunft vorwegzunehmen. Typischerweise sind politisch bedingte Strukturkrisen von tiefen Bewertungen der ansässigen Unternehmungen begleitet. So betrug das durchschnittliche Kurs-/Gewinnverhältnis in den USA zu Beginn der Reagan-Ära ganze 9, um dann relativ kontinuierlich auf über 31 (im Jahr 2000) zu steigen. Ein steigendes Kurs-/Gewinnverhältnis bedeutet, dass sich mehr und mehr Marktteilnehmer sozusagen in den betreffenden Teil der Welt «verlieben». Der Prozess kann ziemlich lange dauern. In den USA folgte erst nach rund 10 Jahren deutlicher Kursanstieg ausländisches Kapital den zuvor durch Amerikaner getätigten Aktienkäufen nach, um im Jahr 2001 zu kulminieren.

Die weitere Zentralisierung sollte daher durch eine Föderalisierung abgelöst werden, bei der die Zentrale Macht an die Glieder zurückgibt.

In Europa beträgt das durchschnittliche Kurs-/Gewinnverhältnis zurzeit 15 (USA: 20). Europa ist billig zu haben, die Mehrheit der Unternehmungen arbeitet dank konsequenter Auslagerungsstrategien recht profitabel. Wenn nicht eine ideologisch induzierte Katastrophe passiert wie Verstaatlichungen oder Konfiszierungen gegen die «Heuschrecken», dann dürfte die Rechnung für den Anleger aufgehen. Und Europa wird ökonomisch wie auch politisch attraktiver werden – nicht weil eine Politikerin oder ein Politiker das ausdrücklich gewollt haben wird, sondern weil Europa schlicht und einfach muss.

KONRAD HUMMLER, geboren 1953, promovierte an der Universität Zürich in Rechtswissenschaften. Er ist Teilhaber von Wegelin & Co. Privatbankiers und Autor verschiedener politischer Studien sowie der Wegelin-Anlagekommentare (www.wegelin.ch).

Europaweit tätige Kapitalgesellschaften haben ein vitales Interesse daran, dass die Weiterentwicklung der Societas Europaea vorangetrieben wird. Die bisher vollzogenen Schritte zur Harmonisierung sind ein Meilenstein für ein europäisches Unternehmensrecht.

(7) Societas Europaea

Paul Achleitner

Die Ankündigung der Allianz AG vom 11. September letzten Jahres, sich im Zuge einer grenzüberschreitenden Verschmelzung mit der italienischen Versicherungsgruppe RAS in eine Rechtsform der Societas Europaea (SE) umzuwandeln, hat ein lebhaftes und anhaltendes Echo ausgelöst. Die Bandbreite der Reaktionen ist gross. Sie reicht von sehr positiven Stimmen, die von einer Sternstunde für die Europa AG sprechen, bis hin zu sehr reservierten Kommentaren. Kritische Stimmen verweisen darauf, dass die SE lediglich eine halbherzige politische Konsenslösung sei und für international tätige Unternehmen zuwenig Vorteile biete.

Welchen Stellenwert hat die SE nun wirklich für die Unternehmenspraxis und darüber hinaus allgemein für die Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarkts? Gemessen an den ursprünglichen, weitreichenden Vorstellungen und Erwartungen, die sich an die Idee der Schaffung einer supranationalen europäischen Gesellschaftsform knüpften, muss die Bestandesaufnahme ernüchternd ausfallen. Die meisten Rechtsbereiche bleiben ausgeklammert und richten sich nach dem nationalen Recht des Sitzstaates. Selbst im Gesellschaftsrecht ist die Harmonisierung äusserst beschränkt, so dass auch hier ganz überwiegend das jeweilige nationale Recht zur Anwendung gelangt. Das daraus resultierende Regelungskonzept der SE mit der bisweilen filigranen Verzahnung von Gemeinschaftsrecht mit der jeweiligen nationalen Rechtsordnung und dem besonderen Verhandlungselement zur Mitbestimmung kann durchaus als kompliziert bezeichnet werden.

PAUL
ACHLEITNER,
geboren 1956 in Linz,
ist Vorstandsmitglied
der Allianz AG,
München, und
Honorarprofessor an
der WHU Koblenz.

Doch andererseits: ist es nicht bemerkenswert, dass, nach über 30jährigen Bemühungen, mit der SE erstmals eine Gesellschaftsform geschaffen wurde, die gewissermassen über den Grenzen steht und in Europa grenzüberschreitende Fusionen und Sitzverlegungen auf sicherer Rechtsgrundlage ermöglicht? Ist es nicht ermutigend, dass selbst für unüberbrückbar erscheinende Unterschiede, wie in der Mitbestimmung, Lösungsmechanismen entwickelt worden sind, die dann auch bei anderen Integrationsvorhaben Anwendung finden? Und dient es nicht der Flexibilisierung und dem Wettbewerb unterschiedlicher *Corporate Governance*-Modelle, wenn Unternehmen in ganz Europa für ihre Führungsstruktur zwischen dem zweistufigen Leitungssystem mit Vorstand und Aufsichtsrat und dem eingliedrigen *Board*-System wählen können?

Die SE muss im gesamten Kontext der Harmonisierung des Unternehmensrechts und der Öffnung der Grenzen für Wirtschaftsunternehmen gesehen werden. Dass diese Entwicklung bereits in den Grundsätzen des EG-Vertrags wie der Niederlassungsfreiheit angelegt ist, zeigt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Neben den bahnbrechenden Urteilen zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung hat der EuGH jüngst auch der grenzüberschreitenden Verschmelzung – unabhängig von nationalen Vorschriften – zum Durchbruch verholfen. Es ist daher wichtig, dass auch im legislativen Bereich entsprechende Fortschritte erzielt werden. Die SE liefert Lösungsansätze für verschiedene andere Vorhaben im Unternehmensrecht, seien es die Richtlinien zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung bzw. zur grenzüberschreitenden Fusion, oder die Initiativen zur Schaffung anderer europäischer Gesellschaftsformen, wie die Europäische Genossenschaft, der Europäische Verein oder die aktuell diskutierte Europäische Privatgesellschaft.

Ob die SE in der Fortentwicklung eines europäischen Unternehmensrechts und des Binnenmarkts weitere Akzente setzen kann oder durch eine fortschreitende Harmonisierung auf den einzelnen Teilgebieten überholt wird, bleibt abzuwarten. Leitbild sollte das bleiben, was in den Erwägungsgründen der SE-Verordnung treffend zum Ausdruck kommt: der rechtliche Rahmen für europaweit agierende Unternehmen wird nach wie vor weitgehend von innerstaatlichem Recht bestimmt und entspricht damit nicht mehr dem wirtschaftlichen Rahmen, in dem sie sich entfalten sollen.

Ausgehend von den Erfahrungen der ersten sieben Jahre, reflektiert der Gouverneur der Zentralbank Luxemburgs mögliche Rollen der europäischen Einheitswährung im Ganzen des globalen Währungssystems. Weil sich der Autor als Fachmann an Fachleute richtet, verzichten wir im Sinne einer bewusst gewählten Ausnahme auf die Übertragung ins Deutsche.

(8) Zur Zukunft des Euros im globalen Währungssystem

Yves Mersch

The present world monetary system is hybrid. One of its essential features consists of, by and large, free floating between the three major convertible currencies, the US dollar, the euro and the Japanese yen. At the same time, many countries seek elements of exchange rate stability, or at least predictability, by linking their own national currency in a variety of ways to the major currencies, or to a basket of currencies. Whether or not the euro, or any other currency for that matter, is used outside its domestic area for financing, investment or invoicing purposes can, to a large extent, be considered as a market-driven process.

In this context it may be useful to point out that, whereas the Treaty on European Union clearly states that the primary objective of the Eurosystem is to deliver price stability, the Eurosystem has no mandate to promote the international use of the euro. Nevertheless, the resulting stance of the Eurosystem, to neither support nor hinder the international use of the euro, is not tantamount to a policy of indifference. The euro, like any currency, has to fulfil the three elementary functions of money, i.e. being a means of exchange, a unit of account, and a store of value. Therefore the Eurosystem can contribute to the euro's internationalisation in indirect ways, such as maintaining price stability in the euro area, or fostering financial market integration that will result in deeper, more liquid and efficient markets for the euro. The European Central Bank (ECB) is delivering on its mandate to maintain price stability in the medium term – defined as price increases close to or below 2% year-on-

¹ The «narrow» measure of international issuance is defined as issuance in a currency other than the currency of the country in which the borrower resides. The «broad» definition also includes the issuance of debt securities denominated in the home currency of the borrower, provided that this issuance is targeted at the inter-national financial market.

year – and has succeeded in anchoring inflationary expectations in the euro area in line with this quantitative definition, as can, among other things, be inferred from the yield on index-linked bonds. Moreover, the ECB closely monitors the international role of the euro and publishes its findings in a detailed annual review («Review of the International Role of the Euro»). Some of the findings of the fifth annual review regarding the international role of the euro will be utilised, although for the purpose of this paper it seems more appropriate to focus on the trends which emerge over the 1999–2005 period rather than on year-to-year changes.

As, in this case at least, the past is likely to be a good guide to the future, the first section of this text (I.) will analyse developments concerning the international role of the euro during its first seven years. In a second section (II.), the prospects for the future international role of the euro will be discussed. Apart from the enlargement of the euro area, drastic changes are not expected.

I.

Since its launching in 1999, the international role of the euro has grown steadily, both on the global markets and in third countries. Nevertheless, a strong regional and institutional bias may be observed.

Measured at constant exchange rates, and using the «narrow» concept of bond issues, the share of the euro in the stock of international debt securities increased gradually to 31.5% in mid-2005, up from approximately 20% for the legacy currencies at end-1998.¹ During the mid-2004 through mid-2005 period, more than half of non-euro area issuers of notes and bonds were from the private sector; jointly they generated 84% of issuance value. Issuers from the UK and the US accounted for 44% and 15%, respectively, of the value of bonds and notes issued in euro during this period. It may plausibly be assumed that this development reflects the intention of UK and US based corporate issuers to diversify their investor base. During the same period, major sovereign bonds were issued by Poland (5.75 billion euro), Turkey (2.25 billion euro) and Hungary (2 billion euro).

From July 2004 until June 2005 the euro remained the second most widely settled currency by the Continuous Linked Settlement (CLS) System, after the US dollar and before the Japanese yen. The share of the US dollar remained unchanged at 90% while the share of the euro

declined marginally from 44% to 43% and the share of the Japanese yen from 22% to 20%. (The value of settled transactions amounts to double the value of trades because every trade involves 2 settlement legs, one in each currency.) While these figures confirm the role of the US dollar as a vehicle currency, the declines of the euro and the yen have to be seen in the light of an increased number of currencies settled in CLS.

The role of the euro in international trade in goods and services, in eight euro area countries for which such statistics are available², increased rapidly over the 2001–2003 period, but the outcome was more mixed in 2004. The share of the euro as a settlement/invoicing currency in extra-euro area exports of goods and services of these eight euro area countries increased by up to 20 percentage points between 2001 and 2004. For the exports of goods, the 2004 figures range from a low of approximately 44% for Greece to a high of 63% for Luxembourg. Figures for imports of goods and services for the same eight countries also show an increased use of the euro as an invoicing currency during the 2001–2004 period.

The euro is used as a vehicle currency mainly in countries geographically close or with institutional links to the EU.

In 2004 Belgium, Italy and Portugal settled approximately 70% of their imports of services in euro, but generally the extent to which the euro is utilised on the import side tends to be lower than on the export side.

Available data for selected non-euro area countries also show that the share of the euro in exports and imports increased for both (i) non-euro area EU countries and (ii) EU acceding and accession countries, during the 2001–2004 period. These findings are confirmed by a thorough research project by the ECB, which suggests that the euro is used as a vehicle currency (defined as the use of the euro among non-euro area trading partners) mainly in countries geographically close or with institutional links to the EU.³

According to the IMF, some 150 countries have exchange rate regimes involving a reference currency or a basket of reference currencies. In 40 of these countries, the euro serves as anchor of exchange rate policies, either as the sole reference currency, or as part of a currency basket. Euro-related exchange rate policies range from currency boards under which the issue of domestic money

is fully backed by an equivalent amount of euros (Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Estonia, and Lithuania), to hard pegs (like the countries of the CFA franc zone in Africa), managed floating, and currency baskets which include the euro. Under systems of regular intervention on the foreign exchange market, the functions of anchor and reserve currency tend to overlap.

As was the case for the use of the euro in international trade, the use of the euro in third countries' exchange rate regimes has a strong geographical and institutional basis. It is observed mainly in EU-neighbouring regions and in countries that have established special institutional arrangements with the EU or its Member States. Most of these countries are from Eastern and South Eastern Europe, the Mediterranean, the Middle East or sub-Saharan Africa. The reference basket used by Russia included the euro for several years, and in July 2005 the PRC announced that it would implement a managed floating policy on the basis of a currency basket including the euro. However, with the exception of the countries participating in the Exchange Rate Mechanism II (ERM II, see below), the decision of using the euro as an anchor currency is a unilateral one and does not involve any commitment on the part of the Eurosystem.

Information relating to the composition of international reserves has to be interpreted with the greatest caution. Such information is incomplete as, e.g., some of the countries experiencing the strongest increase in international reserves, notably in Asia, are not covered. Moreover, the utilised methodology is subject to change, making comparisons difficult. Bearing in mind these caveats, IMF data indicate that the share of the euro in global international reserves increased from 18% in 1999 to 25% in 2004, mostly due to methodological changes. During the same period, the share of the US dollar dropped from 71% to 66%. One may also note that as a result of the latest quinquennial IMF review regarding the method of valuation of the SDR, the share of the euro in the IMF's Special Drawing Rights (SDR) was raised from 29% to 34%, effective 1 January 2006.

Residents of emerging or transition economies often hold a substantial part of their financial assets in the form of foreign cash or foreign-currency denominated bank deposits. In certain EU neighbour countries, the euro is used as a parallel currency, notably as a store of value and even as a means of payment.

² Belgium, France, Germany (goods only), Greece, Italy, Luxembourg (from 2002 onwards), Portugal and Spain.

³ In «Review of the International Role of the Euro», December 2005, op. cit. «Special focus: determinants of the currency of invoicing in inter-national trade», pp. 33–48.

Between mid-2004 and mid-2005, net shipments of euro banknotes outside the euro area amounted to 8.7 billion (compared to 9.4 billion 12 months earlier). The net cumulative stock of euro banknotes dispatched by euro area monetary financial institutions outside the euro area amounted to 55 billion at the end of June 2005.

II.

Experience with the euro over the past seven years has shown that changes tend to be gradual and incremental rather than abrupt and substantial, and there is no reason to expect this to change in the near future. A certain inertia can even be observed, and economic theory explains the incumbency advantages of the US dollar by concepts such as «dynamic economies of scale» and self-reinforcing «network externalities», which favour the status quo in terms of international currencies. Departures from the prevailing patterns would, according to these theories, require a major exogenous shock.

With regard to the global monetary system, one is to hope that, in line with G7 statements, future international monitoring and, where appropriate, international cooperation will result in exchange rates that better reflect economic fundamentals. Excessive volatile and disorderly movements should be avoided, as these harm economic growth. Moreover, more flexibility in exchange rate management may be called for in respect of countries or economic areas that lack such flexibility.

New Member States join as Member States with a derogation and are committed to striving towards eventual adoption of the euro, as Economic and Monetary Union (EMU) is part of the *acquis communautaire*.

As a first step, the new member states join, at some stage, the Exchange Rate Mechanism II (ERM II). ERM II is a multilateral arrangement of fixed, but adjustable, exchange rates, with a central rate and a standard fluctuation band of 15% against the euro. The central rate will be decided by mutual agreement between the various parties to ERM II, i.e. the Member State concerned, the euro area Member States, the ECB, and the other Member States participating in the mechanism. In order to fulfil its obligations, the Member State joining ERM II must observe the normal fluctuation margins for at least two years.

From the 10 new Member States that joined the EU on May 1, 2004, seven have by now

joined ERM II. Estonia, Lithuania and Slovenia joined ERM II on 28 June 2004, while Cyprus, Malta and Latvia entered the mechanism effective 2 May 2005, and Slovakia on 28 November 2005.

In addition, the new Member States will have to meet the Maastricht criteria concerning nominal convergence, as formulated in terms of relative price performance, public debt sustainability, and relative interest rates. While an individualised case-by-case approach will be followed, the principle of equal treatment requires that there be neither new criteria, nor a relaxation of the existing Treaty criteria.

The euro area is thus bound to expand over the next years by 10 countries counting some 75 million citizens, and possibly also by Bulgaria and Romania. (If, as expected, Bulgaria and Romania will join the EU in 2007, they will follow the same procedures as the 10 new Member States that joined on 1 May 2004.) For these new Member States this should complete the transition of the euro from a foreign to a domestic currency.

The euro area is the second largest economic area in the world, and the euro is the second most widely used currency after the US dollar.

The euro area is the second largest economic area in the world, and the euro is the second most widely used currency after the US dollar. Abrupt changes are unlikely in the near future as «dynamic economies of scale» and «network externalities» favour the status quo in terms of international currencies.

The ECB's policy is neither to hinder nor to promote the international role of the euro. Nevertheless, the ECB can make indirect contributions, first and foremost by reaching its primary objective of maintaining price stability, and second by encouraging the creation of deeper and more liquid markets for the euro.

The euro area is bound to expand in the coming years when the new Member States will adopt the euro as their domestic currency. This will, if initially to a modest extent, widen the scope of the euro in international trade and finance, thereby further enhancing the attractiveness of the euro as an international currency.

References:

«Review of the International Role of the Euro», ECB, December 2005, 66 pages.

«The Euro after Five Years: Assessing Its Performance and Global Role», Speech by Lucas Papademos, Vice-President of the ECB, Tokyo, 12 November 2004.

«The International Role of the Euro», Speech by Jean-Claude Trichet, President of the ECB, Schierensee Gespräche, 14 May 2004.

YVES MERSCH,
geboren 1949, ist
Gouverneur der
luxemburgischen
Zentralbank und
Mitglied des Rates
der Europäischen
Zentralbank.